Moderne Revisionisten schüren parlamentarische Illusionen

Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 22. März 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Keine innere Sicherheit für die Ausbeuter

Nieder mit der Faschisierung!

„Solidarität der Demokraten", „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", „Herstellung der inneren Sicherheit" – das sind die Schlagworte, die die Bundestagsdebatte zur „inneren Sicherheit" bestimmt haben, das sind die Kampfparolen mit denen die Kapitalistenklasse die Faschisierung ihres Staatsapparates weiter vorantreiben will. Die Bonner Vertreter des Kapitalistenstaates reden unentwegt vom „Kampf gegen den Terrorismus", aber in Wirklichkeit geht es nicht um ein paar Lorenz-Entführer. Um was es in Wirklichkeit geht, hat der ehemalige CDU-Innenminister und jetzige Bundesverfassungsrichter Benda schon 1968, als von der RAF und ähnlichen Gruppierungen noch nicht die Rede war, klar ausgesprochen: „Solange die Sonne der Konjunktur scheint, wird diese Demokratie bestehen . . . Aber wenn einmal fünf, sechs Millionen Arbeitslose da sind, dann beginnt die hohe Zeit für die Agenten des Kommunismus; und für diesen Augenblick müssen wir vorbereitet sein."

Die Bundestagsdebatte war durch eine ungeheure Hetzkampagne der bürgerlichen Parteien und der kapitalistischen Presse vorbereitet worden. Im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung sollte mit dem individuellen Terror die revolutionäre Gewalt schlechthin verteufelt werden, sollte erreicht werden, daß die Massen die revolutionäre Gewalt als gegen sich gerichtet betrachten, damit der imperialistische Staat sich als „Beschützer des Volkes vor dem Terrorismus" präsentieren konnte. Aber selbst die Bundesregierung mußte zugeben, daß bei einer Meinungsumfrage nur 8,1% der Befragten angaben, sich durch den „Terrorismus" stark bedroht zu fühlen, weitere 14% fühlten sich zwar etwas bedroht, aber 25% betrachteten sich als „kaum bedroht", während 52,8% erklärten, sie fühlten sich überhaupt nicht bedroht. **Das sind Ergebnisse einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Umfrage, aber selbst sie beweisen, daß der gemeinsame Ruf der Bonner Parteien nach dem „starken Staat" sich keineswegs auf ein im Bonner Parlament so oft beschworenes „Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung" berufen kann.** Was im Bundestag zur Debatte stand, betraf in keiner Hinsicht die Sicherheit der Werktätigen, sondern ausschließlich die Sicherheit der Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparates.



Brutale Festnahme von zwei Jugendlichen nach der Lorenz-Gefangennahme

Noch gibt es die von Benda prophezeiten fünf oder sechs Millionen Arbeitslosen nicht, aber die Kapitalistenklasse muß bereits jetzt um ihre „innere Sicherheit" fürchten. Breiten Teilen der Werktätigen ist die Krise des Kapitalismus bewußt geworden. Millionen erkennen, daß der Kapitalismus ihnen nicht einmal die geringste aller Sicherheiten, die Möglichkeit, als Lohnarbeiter sein Brot zu verdienen, bietet. In den letzten Jahren hat es große Kampfaktionen der Arbeiterklasse in den großen Industriebetrieben gegeben, in denen die Fesseln der „Sozialpartnerschaft" und der „Friedenspflicht" gesprengt wurden und die vom Geist des unversöhnlichen Klassenkampfes geprägt waren. In machtvollen Aktionen nahmen die kleinen und mittleren Bauern den Kampf gegen ihre Ruinierung und Ausplünderung durch Monopole auf. In kleineren Städten und Dörfern besetzten Arbeiter kleinere Betriebe, um Stillegungen und Massenentlassungen zu verhindern. Was mit Appellen an die Landesregierung in Whyl begonnen hat, wurde zu einer viele Tausende erfassenden Volksbewegung, die der reaktionären Gewalt des imperialistischen Staatsapparates die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegensetzt. **Das alles zeigt, wie sich parallel zu den wachsenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen des Kapitalismus auch**

Fortsetzung auf Seite 6

Straußrede in Sonthofen

Hetzpropaganda für den Faschismus

Die Rede, die der CSU-Vorsitzende Strauß auf einer Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im November in Sonthofen gehalten hat, zeigt, daß während die Bourgeoisie die Faschisierung des Staatsapparates durch die immer weitere Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes vorantreibt, zugleich auch Demagogen wie Strauß immer offener die klassische faschistische Propaganda betreiben, in der Hoffnung, verkommene Elemente für die Errichtung des Faschismus mobilisieren zu können.

Während verschiedene Propagandisten der Bourgeoisie sich große Mühe geben – und da sind insbesondere die D„K"P - Revisionisten zu nennen, um die werktätigen Massen mit tausenderlei Illusionen und Versprechungen über die weitere Verschärfung der Krise zu täuschen, redet Strauß im Kreise seiner CSU-Landesgruppe Fraktur. Er gibt offen zu, daß die bisherige Entwicklung erst der „Anfang der großen Krise" ist, die die kapitalistischen Länder erfaßt hat. Und mehr noch, daß die bürgerliche Wirtschaftslenkung nicht in der Lage ist,die Krise zu beseitigen: „Der Patient ist in einem Zustand, wo er unter zwei Beschwerden leidet, nämlich der Zerrüttung der Staatsfinanzen und Inflation mit steigender Arbeitslosigkeit, d. h. es gibt kein Rezept, das der Bekämpfung beider Krankheiten dient. Man kann immer nur einer Krankheit zu Leibe rücken, und jedes Rezept, das der einen Krankheit zu Leibe rückt, vermehrt das Übel auf der anderen Seite . . ."

Heißt dies für das Proletariat, daß ihm kein anderer Ausweg aus dem Elend des Kapitalismus bleibt, als sich zu erheben, den Kapitalismus und sein Herrschaftsinstrument, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerschlagen, so heißt das für die Bourgeoisie, die Verelendung der Massen in immer schärferem Maße voranzutreiben und ihren Widerstand gewaltsam zu brechen, die unverhüllte Diktatur der Bourgeoisie, den Faschismus über die werktätigen Massen zu errichten.

Doch daß die Bourgeoisie nicht von heute auf morgen ihre offene faschistische Diktatur errichten kann, weiß sie sehr wohl. 1933 ist nicht 1975. Konnte die Bourgeoisie damals sich auf das Kleinbürgertum stützen, das millionenfach durch die Weltwirtschaftskrise in Deutschland ruiniert war und sich für die faschistische Ideologie mobilisieren ließ, so daß die faschistische Diktatur unter Ausnutzung des Parlamentaris-

Fortsetzung auf Seite 2

Portugal: Reaktionärer Putsch gescheitert

Revisionisten verraten antifaschistischen Kampf

Der Putschversuch von Teilen der Armee in Portugal, die die bestehende Regierung stürzen wollten, ist gescheitert. Die Offiziere, die diesen Putschversuch anführten, sind über Spanien nach Brasilien geflohen. Doch die Gefahr, daß die Bourgeoisie in Portugal erneut die faschistische Diktatur über das Volk errichtet, ist keineswegs gebannt, denn eben die Revisionisten der Cunhal-Partei, die sich nach der Niederschlagung des Putsches als konsequente Antifaschisten brüsten, treiben gemeinsam mit der „Bewegung der Streitkräfte" die Faschisierung in Portugal ständig voran.

Als Militärflugzeuge der putschenden Offiziere die Kasernen beschossen, als der Putschversuch der Bevölkerung bekannt wurde und viele Werktätige auf die Straße gingen, um den Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur aufzunehmen, da waren es diese Revisionisten der „K"P Portugals, die gemeinsam mit den herrschenden Militärs das Volk dazu aufriefen, für die Regierung gegen die Putschisten zu kämpfen. Und als der Putsch gescheitert war, brüsteten sich die Revisionisten gemeinsam mit den regierenden Militärs über den Rundfunk: „Die Revolution kann nicht rückgängig gemacht werden." Und: man würde nun „einer Zukunft im Rahmen des Programms der Streitkräfte entgegengehen, auf dem Weg, dem das portugiesische Volk zu folgen wünscht – dem Weg des Sozialismus."

Tatsächlich unterscheiden sie sich von den putschenden Offizieren, die auf einen Schlag wieder die faschistische Diktatur über das Volk errichten wollten, nur dadurch, daß sie Schritt für Schritt die Faschisierung vorantreiben und dies unter Phrasen vom Sozialismus tun.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Abrüstungskonferenz: Hinterhältiger Betrug der Sowjetrevisionisten . . 2

Verbleib Großbritanniens in der EG: Noch schärfere Ausbeutung für das Volk 2

KHD Köln: Kampf für die Rote Liste geht weiter 3

Kaschmir: SU-Imperialisten schüren expansionistische Politik Indiens . . 4

Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner: Genosse angeklagt – Günters Mörder geschützt 7

Richter gibt zu: Möglicher Tod Saschas war einkalkuliert 7

Rechtsanwalt Croissant von der Verteidigung ausgeschlossen . . 7

Antikommunistische Hetze der GRF-Führer 8

„K"B-Führer zum Straußbesuch in China 8

Vietnam: Überfälle auf befreite Gebiete werden bestraft . . 9

Kambodscha: Die Tage Lon Nols sind gezählt . . 9

Verbleib Großbritanniens in der EG

Für das Volk noch schärfere Ausbeutung

Erster Punkt der Tagesordnung auf der Sitzung des „Europäischen Rats" in Dublin waren die Forderungen, die die britischen Imperialisten für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft aufstellten. Nach der Sitzung verkündete der britische Regierungschef Wilson, daß nun alles zur Zufriedenheit gelöst sei, daß er nun das Ergebnis im britischen Kabinett vortragen werde, das dann die britische Bevölkerung zu einer Zustimmung zur EG-Mitgliedschaft bei der bevorstehenden Volksbefragung auffordern soll.

Doch für das britische Volk ist nichts zur Zufriedenheit gelöst, sondern es soll offensichtlich betrogen werden. Die Zeitungen geben das in ihren Berichten über die Sitzung in Dublin eindeutig zu. Die „Frankfurter Rundschau" schreibt: „In einer – nicht ungewollt – ‚dramatischen' Auseinandersetzung um Zugeständnisse von acht EG-Partnern für Großbritannien versuchten die Regierungschefs der Gemeinschaft am Dienstag, dem britischen Premierminister Harold Wilson ein klares ‚Ja' zum Verbleib des Landes in der EG zu ermöglichen." Die britische Bevölkerung hat sehr gut vor Augen, wie es den Werktätigen in der EG ergangen ist. Der Zusammenschluß der Monopole zur EG, ihre verschärfte Konkurrenz um die besten Positionen innerhalb dieses Zusammenschlusses hat dazu geführt, daß Ausbeutung und Ausplünderung in immer stärkerem Maße verschärft werden. Bestes Beispiel dafür sind die Bauern innerhalb der EG-Länder, deren Ruinierung durch den Zusammenschluß zur EG noch mehr vorangetrieben und verstärkt worden ist. Darum stellen sich die britischen Werktätigen gegen den Beitritt ihres Landes zur EG.

Es war gerade die Labour-Partei, die bei den letzten Parlamentswahlen in England sich groß damit brüstete, sie würde in der Regierung für den Willen des Volkes kämpfen, eine Volksbefragung durchführen und gemäß dem Ergebnis handeln. Daß dies lediglich ein Manöver war, um den Widerstand der britischen Werktätigen gegen den EG-Beitritt zu schwächen, ist eine Tatsache, die sich jetzt vollauf bestätigt. Die britischen Imperialisten verlangten in Brüssel – auf den Widerstand des Volkes gegen den Beitritt hinweisend – neue Verhandlungen und forderten günstigere Bedingungen für den Beitritt. Ihre wichtigste Forderung war, daß der Beitrag der britischen Imperialisten zum EG-Haushalt niedriger sein müsse und von den anderen EG-Ländern mitgetragen werden müsse. Insbesondere die westdeutschen Imperialisten erklärten ihre Bereitschaft, den Löwenanteil des EG-Haushalts der britischen Imperialisten zu zahlen, denn sie versprechen sich von der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG, ihre Vorherrschaft innerhalb dieses Zusammenschlusses ausweiten zu können. Die britischen Imperialisten trieben in Brüssel also nichts weiter als einen Schacher darum, sich den Eintritt, von dem auch sie sich Vorteile versprechen, so teuer wie möglich auszahlen zu lassen.

Was aber bleibt für die britischen Werktätigen? Premierminister Wilson wird sich in wenigen Tagen hinstellen und dreist behaupten, die Verhandlungen in Brüssel hätten das Blatt gewendet, der Beitritt zur EG sei nun sogar vorteilhaft für das Volk. **Tatsache aber bleibt, daß die Vergünstigungen, die die britischen Imperialisten in Brüssel erschachert haben, lediglich ihnen und ihren Profiten zugute kommen werden, während das Volk nichts anderes als noch drückendere Ausbeutung und Ausplünderung durch die britischen Imperialisten wie durch die ganze Ausbeutermafia der EG zu erwarten hat.**

So sehr sich die Imperialisten auch aufspielen, zu welchen Tricks und Manövern sie auch greifen, um sich den Anschein zu geben, die Interessen des Volkes zu vertreten, für sie zählen einzig und allein Profit und Macht, die um so grösser sind, je mehr sie das Volk in die Knie zwingen können. Allein diesem Zweck dient den britischen Imperialisten das Theater um die Verhandlungen in Brüssel.

Portugal: Reaktionärer Putsch gescheitert

Revisionisten verraten antifaschistischen Kampf

Fortsetzung von Seite 1

So wurde der Arbeiterklasse das Streikrecht genommen, wurde Militär gegen streikende Arbeiter eingesetzt, sind Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Regierung verboten, werden Marxisten-Leninisten verfolgt und eingekerkert, sollen ihre Organisationen verboten werden, hat sich die „Bewegung der Streitkräfte" dazu ernannt, selbst Gesetze zu geben und gegen das Volk durchzusetzen – all das im Namen der Revolution, im Namen des Kampfes gegen den Faschismus.

Doch die Arbeiterklasse und alle Werktätigen können sich nur dann endgültig von der Gefahr des Faschismus befreien, wenn sie dessen Wurzeln, die Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt, zerschlagen. Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats – einen dritten Weg gibt es nicht! Cunhal und seine Revisionistenbande aber, die das Volk zur Einheit mit dem bürgerlichen Staatsapparat und seiner Armee aufrufen, üben damit offenen Verrat und liefern die Arbeiterklasse ans Messer der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Herrschaft – nicht anders als dies auch die modernen Revisionisten in Chile getan haben.

Daß der Putsch vom 11. März mit unter die Regie des US-Imperialismus fällt, liegt auf der Hand. Nicht zufällig tauchten an der südlichen Küste Portugals nach dem Putschversuch die Kanonenboote des US-Imperialismus und seines Nato-Blocks auf. Auch die westdeutschen Imperialisten fördern im Rahmen der Natopläne Putschversuche in Portugal. Dahinter steht die Furcht der US-Imperialisten, die Vorherrschaft über Portugal zu verlieren. **Um so größer aber der Verrat der Cunhal-Revisionisten, die versuchen, den Haß des portugiesischen Volkes gegen die US-Supermacht, die jahrzehntelang das portugiesische Volk mit dem Caetano-Regime blutig unterdrückte, auszunutzen, um Portugal langsam aber sicher unter den Militärstiefel der anderen Supermacht, unter die Herrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus zu bringen.** Heute schon laufen über die Nachrichtenvermittlungen Portugals fast ausschließlich Nachrichten der Agenturen des sowjetischen Sozialimperialismus und der von ihm beherrschten revisionistischen Länder, ähneln die Kommentare in den portugiesischen Zeitungen und Nachrichten immer deutlicher den sozialimperialistischen Kommentaren der „Prawda" und des „Neuen Deutschland".

Die portugiesischen Revisionisten erweisen sich damit nicht nur als Agenten der portugiesischen Bourgeoisie, der sie das Proletariat verraten, sondern auch als Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus, die die aggressiven Bestrebungen dieser Supermacht gegen die Völker Europas begünstigen. Ohne daß der Einfluß dieser Agenten und Verräter unter den portugiesischen Werktätigen, nicht zerschlagen ist, ehe sie nicht vollständig vor dem portugiesischen Volk entlarvt sind, wird das Volk sich von der Gefahr des Faschismus, von der Diktatur der Bourgeoisie nicht befreien können.

Abrüstungskonferenz

Neuer Betrug der Sowjetrevisionisten

Als die Sowjetunion kürzlich bei den Wiener Gesprächen über den Truppenabbau in Mitteleuropa einen „neuen Vorschlag" machte, ließ das Eigenlob die Propagandamaschinerie der sowjetischen Revisionisten heißlaufen. Da hieß es, der „neue Vorschlag" werde „das Wettrüsten in Mitteleuropa erheblich behindern", ebenso werde „er es niemandem ermöglichen, eine einseitige militärische Überlegenheit zu erlangen". Aber schon eine oberflächliche Analyse dieses „neuen Vorschlages" zeigt klar, daß die Dinge ganz anders liegen.



Truppen der Sozialimperialisten bei einem Manöver

Worum handelt es sich beim „neuen sowjetischen Vorschlag"? Es geht darum, es sollten sich einige an den Wiener Gesprächen teilnehmende Länder der NATO und des Warschauer Paktes „in Form einer gemeinsamen Erklärung verpflichten, während der Periode der Gespräche den Personenstand ihrer Streitkräfte in den Gebieten (d. h. Mitteleuropa) nicht zu vergrößern". Von Abrüstung ist keine Rede, nur vom „Einfrieren des Status quo". Es ist allgemein bekannt, daß die konventionellen Streitkräfte der Sowjetrevisionisten in Mitteleuropa den westlichen überlegen sind. Ein „Einfrieren des Status quo" schadet den Sowjetrevisionisten nicht, eher ist es für sie von Vorteil. Als er den „neuen sowjetischen Vorschlag" ablehnte, sagte ein Nato-Sprecher, ein „Einfrieren vor der Erreichung einer Vereinbarung über den Abbau würde das bestehende Mißverhältnis, das den Warschauer Pakt sehr begünstigt, kodifizieren".

Jetzt kommen die Sowjetrevisionisten mit dem „Vorschlag" auf „Einfrieren" der Truppen während der Gespräche. Doch im vergangenen Jahr und länger, als die Verhandlungen liefen, hatten gerade sie

Fortsetzung auf Seite 4

Straußrede in Sonthofen

Hetzpropaganda für den Faschismus

Fortsetzung von Seite 1

mus durch die Nazi-Partei Hitlers errichtet werden konnte, so sind die Bedingungen heute andere. Die westdeutschen Imperialisten gehen heute den Weg der Faschisierung des Staatsapparates, den Weg der schrittweisen Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes, den Weg der kalten Faschisierung.

Dennoch aber schickt die Bourgeoisie auch heute Demagogen wie Strauß ins Feld, die offen die faschistische Ideologie verbreiten. Wenn auch nicht mit dem Ziel, eine breite Bewegung für den Faschismus wieder inszenieren zu können, so doch in der Hoffnung, zumindest alles verfügbare an deklassierten und lumpenproletarischen Kräften sammeln zu können. Strauß' Hetzpropaganda knüpft dabei direkt an den faschistischen Tiraden Hitlers an: „. . . die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als heute. Noch heute leben die meisten über ihre Verhältnisse. Noch heute haben sie nicht begriffen, wie ernst die Situation ist. Noch heute besteht nicht ernsthaft die Bereitschaft dazu, den Gürtel enger zu schnallen und an die Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat heranzugehen." Massenarbeitslosigkeit, höchste Inflationsraten – Spekulation mit dem Elend und Hunger der Massen, um die Ideologie der „Volksgemeinschaft" zu verbreiten – das war die Methode des Hitlerfaschismus. Hitler schrieb (übrigens braucht Strauß wie auch Hitler das Bild vom „Kranken" der Heilung braucht): „Denn darauf kommt eine solche Katastrophe öfter als einmal hinaus: Sie kann leicht zur Ursache einer nun mit äußerster Entschlossenheit einsetzenden Heilung werden".

Auch wenn man Strauß' Hetztiraden gegen Kommunisten und Revolutionäre hört, so erinnert das direkt an das Geschrei Hitlers gegen den Bolschewismus: „Zwischen Kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."

Dennoch ist es nicht Strauß, der die Gesetzesvorlagen zur „inneren Sicherheit", zur verschärften Verfolgung und Unterdrückung der Kommunisten und Revolutionäre beschließt, sondern die Regierung. Nicht Strauß faßt Terrorurteile gegen die Kommunisten, sondern die Klassenjustiz, nicht Strauß, sondern die MEK's sowie die Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen des Staatsapparates sind es, die „aufzuräumen" versuchen.

In einer Rede des Genossen Ernst Aust heißt es dazu: „*Wer dagegen bei uns die Hauptgefahr zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur – wie die Revisionisten behaupten – in der NPD oder einem sogenannten „Rechtskartell" sieht, lenkt vom eigentlichen Gegner ab. Natürlich werden wir – anders als die Revisionisten – die frech und offen auftretenden neuen und alten Nazis in ihre Schranken verweisen. Doch das ist eine Nebenaufgabe in unserem Kampf gegen die Faschisierung. Die Hauptaufgabe in dieser Hinsicht, wie sie sich in unserer Losung: „Tod dem Faschismus" ausdrückt, heißt, ihn dort anzugreifen, wo er seine Machtpositionen hat: in Staatsapparat und Regierung.*"

Kurz berichtet

MAINZ

Am 7. 3. 75 lud die ROTE GARDE Mainz zu ihrer ersten Veranstaltung seit ihrer Gründung ein. Zu dieser Veranstaltung zu den Wahlen in Rheinland Pfalz erschienen zahlreiche neue Sympathisanten. Die Anwesenden spendeten 182 DM für den Wahlkampf der Partei in NRW.

MARBURG

Am 28. 2. 75 wurde in Marburg der Hetzfilm „Die Chinesen in Paris" gezeigt. Offensichtlich aufgrund der erfolgreichen Aktionen gegen diesen Film in anderen Städten wurde er erst am Spieltag angekündigt und angeblich nur für einen Tag auf das Programm gesetzt. In einem Aktionsbündnis mit dem „K"SV traten die KPD/ML und die ROTE GARDE am 28. 2. mit Transparenten, Stellwänden und einem Flugblatt vor dem Kino auf. Es wurden viele Gespräche geführt und einige Besucher gingen daraufhin nicht mehr ins Kino. Der Film wurde an diesem Abend nur von ca. 20 Personen, unter denen sich noch einige Angestellte des Kinos befanden, besucht. Man kann diesen Versuch, in Marburg für diese antichinesische Hetze Interesse zu gewinnen, als gescheitert ansehen.

WESTBERLIN

Am Freitag, den 7. 3. 75 fand in Westberlin die örtliche Gründungsveranstaltung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS statt. Es waren rund 150 Freunde und Genossen erschienen. Nach einem längeren Referat berichteten einzelne Rote Helfer über ihre Arbeit. Ein Gefangener hatte eine Resolution geschickt, in der er begründete, warum er aus der RH e. V. ausgetreten sei und nun in der RHD mitarbeiten wolle. Eine Spendensammlung für das zerstörte Weißbecker- und Rauch-Haus ergab über 800 DM. Aus Solidarität mit den Jugendlichen in diesen Häusern war auch auf einem Roter-Morgen-Leserkreis in Westberlin eine Resolution verfaßt und Geld gesammelt worden.

In der letzten Woche fand in Westberlin eine Veranstaltung der FRAP statt, zu der rund 1 000 Besucher kamen. Es wurden etwa 1 500 DM gespendet.

REUTLINGEN

In Reutlingen demonstrierten rund 80 Menschen gegen das Berufsverbot gegen die kommunistischen Lehrer Horst und Renate G. Aufgerufen zu der Demonstration hatte das Komitee gegen Berufsverbote, die Rote Hilfe und die KPD/ML.

BERICHTIGUNG

In der letzten Nummer des ROTEN MORGEN gingen wir an dieser Stelle auf den Ausgang der Wahlen in Westberlin in Bezug auf die GRF ein. In diesem Zusammenhang schrieben wir, daß Kreuzberg 36 ein „lumpenproletarisches bzw. von Studenten stark besiedeltes" Viertel ist. Wir wollten damit weder die Studenten, die ein Bündnispartner des Proletariats sind, auf eine Stufe mit lumpenproletarischen Elementen stellen, noch den Eindruck erwecken, daß Kreuzberg 36 ein lumpenproletarisches Viertel ist. Kreuzberg ist ein altes Arbeiterviertel, in dem auch heute noch überwiegend Werktätige wohnen. Wir werden mit einem Beitrag der Westberliner Genossen der Partei genauer auf den Wahlkampf der GRF in diesem Viertel eingehen.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

KHD/Köln

Der Kampf für die Rote Liste geht weiter

Mit allen Mitteln, vom offenen Kampf bis zu hinterhältigen Betrugsmanövern, versuchen die Kapitalisten bei Klöckner-Humboldt-Deutz und der IGM-Apparat zu verhindern, daß bei der Betriebsratswahl bei KHD eine Rote Liste zur Wahl steht. Diese Unterdrückungsmaßnahmen aber sind auf großen Protest unter den Kollegen bis hinein in den Vertrauensleutekörper gestoßen. Die revolutionäre Wachsamkeit und Entschlossenheit der roten Betriebsratskandidaten hat dafür gesorgt, daß bisher alle Angriffe zurückgeschlagen werden konnten.

Die Rote Liste hatten 156 Kollegen unterschrieben. Als die Unterschriften am letzten Montag dem Wahlausschuß vorgelegt wurden, war die Betriebsratsclique zunächst einmal perplex. Sie hatten offensichtlich nicht damit gerechnet, daß so viele Kollegen die roten Betriebsratskandidaten unterstützen würden. Sie versuchten Zeit zu gewinnen und beriefen in Windeseile eine V-Leute-Sitzung ein, bei der sie den V-Leuten einen Brief gaben, in dem jeder, der die Rote Liste unterstützte, mit Ausschluß aus der IGM bedroht wurde und dazu eine Unterschriftenliste zur Unterstützung derjenigen der mittlerweile 11 Listen bei KHD, die die IGM billigte.

Die Betriebszelle der Partei bei KHD antwortete auf diesen Erpressungsversuch sofort mit einem Flugblatt, in dem sie den IGM-Apparat als Handlanger der KHD-Kapitalisten entlarvte und aufrief, weiter die Rote Liste zu unterstützen. Unter den Kollegen war die Empörung über diesen Erpressungsversuch sehr groß. Einige sagten: „Das ist keine Demokratie, das ist Diktatur." Einige V-Leute waren so empört, daß sie den Beschluß des IGM-Apparats nicht richtig durchführten.

Während der IGM-Apparat so einerseits versuchte, die Kollegen einzuschüchtern und sie dazu zu bringen, ihre Unterschrift unter die Rote Liste zurückzuziehen, ging er gleichzeitig massiv gegen die Kandidaten der Roten Liste vor. Zunächst wurde verlangt, bei den Unterschriften unter die Rote Liste müßten noch die Kostenstellen der Kollegen hinzugefügt werden, außerdem seien die Unterschriften nicht leserlich. Die Genossen erhoben gegen diese Forderung, die nirgendwo festgelegt ist, sofort Einspruch, bereiteten gleichzeitig aber die Erfüllung dieser Angaben vor. **Als der reaktionäre Betriebsrat sah, daß die Genossen nicht klein beigaben, sorgte er dafür, daß die Listenführerin und ein Kandidat eine schriftliche Verwarnung durch die Betriebsleitung bekamen.**

Wie hinterhältig er dabei vorging, zeigt das Beispiel der Listenführerin. Um bis zum endgültigen Entscheid die Kostenstellen auf der Liste hinzufügen zu können, falls der Einspruch abgelehnt wurde, fragte die Genossin den Wahlausschuß ausdrücklich, ob sie sofort beginnen könnte, die Kollegen zu befragen. Das wurde ihr bestätigt. Aber am nächsten Tag erhielt sie prompt eine schriftliche Verwarnung mit der Begründung, sie dürfe erst dann im Betrieb herumlaufen, um die Kollegen zu fragen, wenn der Einspruch abgelehnt sei! **Allen drei Kandidaten auf der Roten Liste wurde außerdem mit Gewerkschaftsausschluß gedroht, wenn sie nicht bis zum 17. 3. als rote Betriebsratskandidaten zurücktreten würden.**

Die meisten Kollegen, die empört über dieses Vorgehen des IGM-Apparats waren und außerdem sahen, daß die Kandidaten der Roten Liste nicht klein beigaben, sondern entschlossen weiterkämpften, blieben trotz aller Drohungen und Einschüchterungsmanöver bei ihrer Entscheidung für die Rote Liste. Das zeigte sich, als die Listenführerin am Donnerstag im Betrieb die vom Wahlausschuß beanstandeten fehlenden Kostenstellen nachtrug. Obwohl der Betriebsleiter mitsamt zwei Assistenten ihr auf Schritt und Tritt folgten, gaben die Kollegen trotzdem die nötigen Informationen und diskutierten teilweise bis zu einer Viertelstunde mit der Genossin.

140 Unterschriften waren schließlich wie vom Wahlausschuß verlangt zusammen. Das ist ein großer Erfolg, der vor allem der revolutionären Linie der KPD/ML zu verdanken ist, was sich deutlich im Vergleich mit den zwei „Oppositionellen Listen" der GRF zeigt. Den GRF-Führern war es bei diesen Betriebsratswahlen in keinster Weise um die weitere Schmiedung einer roten Kampffront in den Betrieben gegangen. Ihnen geht es allein um Stimmen und Plätze im Betriebsrat, darum, sich mit einem durch und durch reformistischen Programm zu „Führern der Arbeiterklasse" aufschwingen zu können. Diese opportunistische Linie der GRF hatte sich schon bei den Verhandlungen um eine gemeinsame Rote Liste gezeigt, wo sie sich mit Händen und Füßen gegen ein revolutionäres Programm dieser Roten Liste gewehrt hatten. Das zahlte sich jetzt aus. Während die Genossen der Roten Liste, die den Kollegen klar gesagt hatten, daß ihre Unterschrift eine Kampfansage gegen den IGM-Apparat war, sich auf die Kollegen stützen und so die Rote Liste verteidigen konnten, scheiterte die GRF. Sie bekam die vom Wahlausschuß beanstandeten fehlenden Informationen auf ihren Listen nicht mehr zusammen.

Betriebsratswahlen

Die Front gegen den DGB-Apparat wächst

Der DGB-Apparat hatte die diesjährigen Betriebsratswahlen von Anfang an in den Dienst der weiteren Unterdrückung der Kollegen und ihrer weiteren Fesselung an den Kapitalismus gestellt. Das kam vor allem zum Ausdruck in dem Appell des DGB an die „Solidarität aller Demokraten", in dem geforderten Bekenntnis aller Betriebsratskandidaten zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Die Revisionisten der D„K"P unterstützten diese Kampfansage an alle kommunistischen und klassenkämpferischen Kollegen nicht nur durch den kommentarlosen Abdruck des DGB-Aufrufs in der Zeitung „UZ", sondern auch durch verschiedentlich abgegebene ausdrückliche Bekenntnisse zur „Einheitsgewerkschaft" und ihrer Politik.

Das Hauptziel dieses Vorgehens ist es, unter allen Umständen zu verhindern, daß in diesem Jahr Kollegen, die auf Roten Listen kandidieren, gewählt werden und in den Betriebsrat kommen. Dabei fürchtet der DGB-Apparat nicht nur, daß durch Rote Betriebsräte seine Klassengemeinschaftspolitik im Betriebsrat gefährdet wird. Was er vor allem fürchtet, ist, daß sich um die Roten Listen die klassenkämpferischen Kollegen des Betriebs zusammenschließen, daß aus diesen Kollegen, die die Roten Listen unterstützen, langsam eine klassenkämpferische, revolutionäre Opposition der Kollegen, Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, gegen den DGB-Apparat entsteht.

Um zu verhindern, daß in den Betrieben Rote Listen oder einzelne Rote Betriebsräte gewählt werden, schrecken die Vertreter des DGB-Apparats vor nichts zurück. Ihre Mittel reichen von Erpressungen über Gewerkschaftsausschlüsse bis zu gemeinsam mit den Kapitalisten betriebenen Entlassungen von Kollegen, die für Kandidaten der Roten Liste halten. So wurde den Roten Betriebsratskandidaten bei Felten & Guillaume, bei Blumenthal in Recklinghausen, bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln usw. der Gewerkschaftsausschluß angedroht. Bei Hella in Köln in Recklinghausen, bei Bauer in Köln wurden Rote Betriebsratskandidaten entlassen. In vielen Betrieben versuchten insbesondere IGM-Funktionäre, die Kollegen zu zwingen, Erklärungen für die Einheitsliste der Gewerkschaft zu unterschreiben. Kollegen, die Rote Listen unterschrieben hatten oder sich weigerten, Erklärungen für die Einheitsliste der Gewerkschaft zu unterschreiben, wurde mit Gewerkschaftsausschluß gedroht.

Dieses Vorgehen des DGB-Apparats stieß auf breite Empörung der Kollegen. Vielen Kollegen wurde hier zum ersten Mal klar, daß die DGB-Gewerkschaften nicht nur die Interessen der Arbeiter und Angestellten verraten, sondern daß sie tatsächlich die Kollegen unterdrücken. In welchem Interesse sie das tun, darüber läßt das Plakat der IGM zur Betriebsratswahl keinen Zweifel: „Ein Betrieb – ein Interesse", heißt da die Parole. Wie mit der Parole der „Solidarität der Demokraten" auch, sollen die Kollegen eingeschworen werden auf das „Miteinander" von Kapitalisten und Arbeitern, wird dem revolutionären Klassenkampf der Kampf angesagt.

In dem Maße, wie die Empörung der Kollegen über solche Unterdrückungsmaßnahmen wächst, zeigt sich auch ein größeres Interesse an einem organisierten Zusammenschluß gegen den DGB-Apparat. Nicht nur an den Betrieben, wo es Rote Listen oder einzelne Rote Betriebsratskandidaten gibt, sondern auch an den Betrieben, wo das in diesem Jahr noch nicht möglich ist, nutzen die Genossen der Partei die Betriebsratswahl, um den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben.



Kollegen heimtückisch gefilmt - Niederträchtiger Verrat des Betriebsrats

Ein Kollege vom Hamburger Hafen, der dort im Afrika-Terminal arbeitet, schickte folgende Korrespondenz an die Betriebszeitung der KPD/ML, „Der rote Handhaken"; die wir gekürzt wiedergeben.

„Ich bin als Kaiarbeiter und Dieselstaplerfahrer in diesem Betrieb beschäftigt und will euch nun berichten, was für Zustände hier herrschen. Ungeheure Akkordhetze (hohes Pensum), laufende Antreiberei zu noch höherer Arbeitsleistung und Verzicht auf die Unfallsicherheitsmaßnahmen durch die Lademeister ist hier an der Tagesordnung. Wehrt sich einer der Kollegen gegen diese Angriffe auf Gesundheit und Leben wird er sofort von den Lademeistern bei der Einteilung und Betriebsleitung denunziert. Wenden wir uns aber an den Betriebsrat, geschieht das gleiche Übel, nämlich eine Absprache zwischen Betriebsrat, Einteiler und Betriebsleitung, sich diesen Kollegen „zu merken". Wochenlang schmutzigste und schwerste Arbeit ist das Ergebnis dafür, daß er sein Recht in Anspruch genommen hat... Auf unserer letzten Betriebsversammlung kam nun der Gipfel der Gemeinheit und Frechheit ans Licht. Es wurde ein Film vorgeführt, in dem einzelne unserer Kollegen zu sehen waren, wie diese gegen die Unfallvorschriften verstießen oder rauchten. Das war für mich das Niederträchtigste, was ich bisher erlebt habe. So werden mit diesen Gemeinheiten die Kollegen eingeschüchtert, damit sie auf ihrer Betriebsversammlung schön den Mund halten und es nicht zu Solidarität unter den Kollegen kommt."

LEHRSTELLE? – NUR GEGEN BEZAHLUNG

Eine Bekannte erzählte mir, daß sie sich um eine Lehrstelle in einer Keramik-Werkstatt beworben hat. Als Antwort auf ihr Schreiben erhielt sie einen Brief, in dem ihr erklärt wurde, sie könne die Stelle nur bekommen, wenn sie „willens und in der Lage" sei, „einen finanziellen Zuschuß zur Ausbildung zu leisten." 150 DM sollte sie im Monat zahlen.

So wird die Tatsache, daß über 200 000 Jugendliche keine Lehrstelle haben, ausgenutzt, um die Lehrlinge vollends um ihren ohnehin schon lächerlich geringen Lohn zu bringen bzw. eine Lehre für diejenigen zu reservieren, deren Eltern es sich leisten können, auf eine finanzielle Mithilfe ihrer Kinder zu verzichten. Erpressung und skrupellose Ausplünderung, das ist die „Sorge um die Jugend", die der Kapitalismus zu bieten hat.

KEINE ÄRZTLICHE VERSORGUNG FÜR ARBEITSLOSE KOLLEGIN

Seit zwei Wochen bin ich nun arbeitslos. Den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung kann man erst nach der Entlassung stellen. Obwohl ich schon eine Woche vor meiner Entlassung beim Arbeitsamt war, bekam ich den ersten Termin erst zwei Wochen später, eine Woche nach meiner Entlassung. Bei diesem Termin bekam ich aber noch nicht den Bescheid, ob mein Antrag bewilligt ist, das dauert mindestens eine Woche.

Ich wurde nun direkt nach meiner Entlassung krank. Es handelte sich um eine Grippe, die nach einigen Tagen wieder weg war. Es blieb aber ein tiefsitzender Husten. Da ich Angst hatte, daß meine Lunge in Mitleidenschaft gezogen wird, ging ich zum Arzt. Als Arbeitsloser, ohne bewilligten Antrag hat man keinen Krankenschein. Auf dem Arbeitsamt wurde mir gesagt: Der Arzt soll sie mal so behandeln, den Schein reichen Sie dann nach. Pustekuchen! Kommentar des Arztes: „Solche unsicheren Fälle behandeln wir nicht. Das kennen wir doch..."

REAKTIONÄRER BETRIEBSRAT VERHINDERT BETRIEBSRATSKANDIDATUR EINES KOLLEGEN

Letztens sprach mich ein Kollege auf die Betriebsratswahl an und erzählte mir, daß er sich als Kandidat hatte aufstellen lassen. Seine Kollegen hatten das gewollt. Als unser durch und durch reaktionärer freigestellter Betriebsrat das mitkriegte, schickten sie gleich jemanden zu ihm, der erklärte: er solle die Kandidatur zurückziehen, er sei rot angehaucht und die roten hätten so und so keine Chance. Der Kollege wurde wütend und faßte den Entschluß: jetzt erst recht!

Als das Betriebsratsgesindel merkte, der stellt sich doch noch auf, stellten sie selber einen Gegenkandidaten für die Halle auf und holten diejenigen Kollegen, die krankfeierten, in den Betrieb, von denen sie wußten, daß sie zu bequatschen waren. Aber damit kamen sie immer noch nicht zum Ziel. Deshalb teilten sie der Halle noch eine Nebenhalle zu, die vorher bei Wahlen noch nie zu ihnen gehört hatte. Jetzt stand es für die Vorschläge der Kandidaten zur Betriebsratswahl 10:10. Der Kollege bekam angesichts dieser Methoden die Wut, zog seine Kandidatur sofort zurück und sagte dem Betriebsratspack seine Meinung...

Dieses Beispiel zeigt die Angst des IGM Apparats vor jedem einzelnen Kollegen, der ihre Zusammenarbeit mit den Kapitalisten im Betriebsrat stören könnte. Es ist ihnen in diesem Fall noch gelungen, einen fortschrittlichen Kollegen zum Aufgeben zu zwingen. Aber gleichzeitig liefern sie selbst damit die Beweise daß man diesen IGM-Apparat nicht reformieren kann, sondern die Kollegen sich gegen ihn zusammenschließen müssen, um ihre Interessen durchsetzen zu können.

VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

Revisionistisches

UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IN DER SOWJETUNION

In der Sowjetunion, wo der Kapitalismus wiederhergestellt worden ist, sind die breiten Massen der Frauen der Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen. Für viele von Ihnen ist weder Beruf noch Lebensunterhalt gesichert.

Seit die sowjetrevisionistische Führungsclique in Partei und Staat die Macht an sich gerissen hat, ist die sowjetische Arbeiterklasse vom Herren des Landes, wie sie es zur Zeit Lenins und Stalins war, zum Lohnsklaven verwandelt worden. Insbesondere trifft das auch die arbeitenden Frauen. Sie können jederzeit entlassen werden, wenn sie wegen Krankheit, körperlicher Schwäche oder auch infolge eines Arbeitsunfalles arbeitsunfähig sind.

Die sowjetische Zeitung „Trud" enthüllte selbst, daß die alte Arbeiterin Kerimbekowa, die 25 Jahre lang im Kalinin-Zuckerkombinat gearbeitet hatte, zurückgestuft wurde, weil sie Invalidin geworden war. Der Fabrikdirektor versetzte sie zu Gelegenheitsarbeiten und feuerte sie schließlich unter dem Vorwand, daß der Betrieb überbelegt sei und daß die Arbeitsproduktivität gesteigert werden müßte. Auch einige andere Arbeiterinnen wurden in ähnlicher Weise aus dem Betrieb geworfen. In gewissen Industriebetrieben wurde einigen Arbeiterinnen sogar ihr Recht auf Arbeit genommen, weil sie schwanger waren. Eine andere sowjetische Zeitung, der „Sozialistisches Kasachstan" berichtete, daß der Direktor einer Fleischkonservenfabrik in der kasachischen Republik offen den Befehl gab, mehrere jüngere schwangere Arbeiterinnen zu entlassen. Er sagte: „Ihr könnt jetzt nicht arbeiten. Vielen Dank für die Arbeit, die ihr gemacht habt, aber jetzt könnt ihr gehen." Dasselbe passierte auch der Arbeiterin Shcherbakova in der Panfilow-Maismühle in der Region Tyldy-Kurgan. Als sie schwanger war, bat sie den Direktor, ihr leichtere Arbeit zuzuweisen. Anstatt daß er ihre berechtigte Forderung erfüllte, entließ er sie mit der Begründung: „Arbeitsmangel".

Das Mädchen T. Galiya des Dushanbe-Textilkombinates in der Republik Tajik wurde entlassen, weil sie sich weigerte, auf Nachtschicht zu gehen. Außerdem wurde ihr ihre Identitätskarte weggenommen. Ohne diese Karte aber konnte sie nirgendwo anders Arbeit finden. Nach zwei Monaten beging sie Selbstmord.

Die sowjetische und die westliche Presse enthüllten, daß es noch in vielen Gegenden der Sowjetunion „Geldheiraten" gibt. Mit der Restauration des Kapitalismus im Land wurde auch eine Anzahl von sowjetischen Frauen zur Prostitution gezwungen, um ihren Lebensunterhalt verdienen zu können.

Viele Jahre hat die Führungsclique der Sowjetrevisionisten dafür Reklame gemacht, daß die Gleichberechtigung der sowjetischen Frauen auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens garantiert sei. Aber die Fälle der ausgebeuteten und unterdrückten sowjetischen Arbeiterinnen haben sie der Lüge überführt.

D„K"P: JA ZU ENTLASSUNGEN

„Wir halten es für notwendig, den Betrieben eines unmißverständlich deutlich zu machen: nämlich, daß sie mit einer Zustimmung der Betriebsräte zur Einführung von Kurzarbeit und zu Massenentlassungen auf keinen Fall rechnen dürfen, solange nicht alle betrieblichen Möglichkeiten zur Verhinderung von Arbeitsausfällen erschöpft sind." Diese kaum verhüllte Zustimmung zu Kurzarbeit und Entlassungen von IGM-Loderer findet sich kommentarlos abgedruckt in der D„K"P-Betriebszeitung „Metallspiegel" aus Hamburg.

Kommentar von Radio Tirana

SU-Imperialisten schüren expansionistische Politik Indiens

Vor einigen Tagen unterzeichnete die indische Regierung ein Abkommen mit dem Scheich Abdullah, der sich als Führer von Kaschmir ausgibt. In diesem Abkommen wurde der Scheich als Ministerpräsident von Kaschmir ausgerufen, nachdem er zugestimmt hatte, auf eine Volksabstimmung über den Status von Kaschmir zu verzichten. Dieser Akt ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Regierungsleute von Dehli ihre aggressive und expansionistische Politik unverändert fortsetzen.

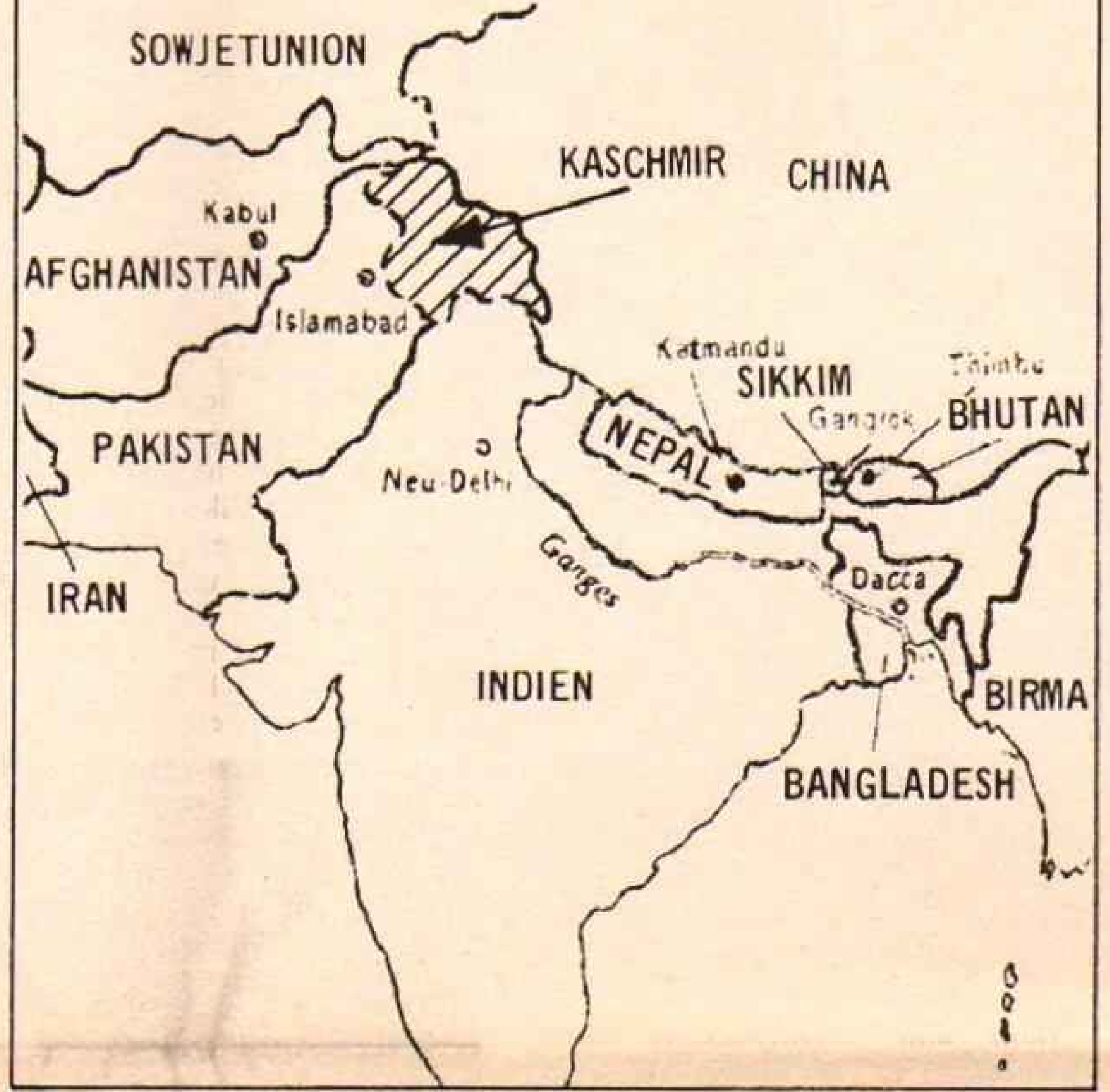
Das Problem von Kaschmir hat schon begonnen, als Britisch-Indien im Jahr 1947 in Indien und Pakistan aufgeteilt wurde, als der Imperialismus dieses Problem schuf, um es in seinem imperialistischen Interesse als Zankapfel zwischen Indien und Pakistan auszunützen und zwischen diesen Ländern einen Konflikt heraufzubeschwören. Nach vielen Verhandlungen wurde 1953 ein indisch-pakistanisches Abkommen erzielt, wonach die Kaschmir-Frage angeblich den Forderungen des Kaschmir-Volkes gemäß gelöst werden sollte. Laut diesem Abkommen sollte diese Frage durch eine Volksabstimmung des Volkes von Kaschmir über seine Selbstbestimmung entschieden werden.

Doch alle diese Abkommen und Vereinbarungen blieben auf dem Papier, denn die indische Reaktion setzte ihre annektionistische und aggressive Politik fort und verübte wiederholt und systematisch flagrante Akte. Sie besetzten Kaschmir, dann führten sie die bekannte Aggression gegen die Volksrepublik China durch. Vor einigen Jahren überfielen sie auch Pakistan. Mit Waffengewalt haben sie voriges Jahr das Königreich Sikkim annektiert wie bereits Buthan.

Die Ereignisse in Bangladesch sind ein weiterer Beweis für Indiens annektionistische Politik einem anderen Land gegenüber. Tatsache ist, daß die Vereinbarungen mit dem gekauften Scheich Abdullah nur eine fadenscheinige Farce von Indira Gandhi ist, die die Besetzung und Annektion Kaschmirs verankern will und die Sache als „freiwillige Vereinbarung Kaschmirs mit Indien" hinzustellen sucht. Indien hat Kaschmir offiziell schon immer als Bestandteil Indiens betrachtet.

Als im vorigen Jahr Sikkim annektiert wurde, wurde Indiens Außenminister Singh im Parlament gefragt, wie die Angelegenheit von Dschammu und Kaschmir gelöst werden sollte. Singh gab sofort die offizielle Antwort, daß darüber nichts zu sagen sei, da Dschammu und Kaschmir fester Bestandteil Indiens sei.

Bei allen diesen Banditenakten, die eine flagrante Verletzung jeden Völkerrechts sind, werden die indischen Reaktionäre ganz offensichtlich von den sowjetischen Sozialimperialisten aufgehetzt und unterstützt. Das ist auch verständlich. **Bei ihren Bemühungen, sich in Asien breitzumachen in heftiger Rivalität mit**



dem amerikanischen Imperialismus, im Bemühen, die hegemonistische Politik mittels des sogenannten „kollektiven Sicherheitssystems für Asien" durchzusetzen, haben die sowjetischen Sozialimperialisten in der indischen Reaktion eine wichtige Stütze. Um diese Stütze nicht zu verlieren, unterstützt die Breschnew-Clique die Ambitionen und annektionistischen Abenteuer der indischen Reaktion. Die indische Reaktion hat von Moskau viele Waffen erhalten. Der Wert der bisherigen Waffenlieferungen beläuft sich auf 2 Milliarden Dollar. Mit Hilfe der russischen Imperialisten stellt die indische Reaktion auch Mig-Flugzeuge und verschiedene Ausrüstungen und Waffen her. Mit ihrer Hilfe führte es auch einen Atomtest durch. Als Gegenleistung öffnete Dehli den russischen Kapitalisten Indiens Tore, so daß sie unbehindert die Naturschätze dieses Landes plündern können, wo man Bettler, Obdachlose, Hungernde und auf den Straßen Sterbende kaum zählen kann.

Als die Reaktionäre Dehlis gegen China Provokationen durchführten, als sie Pakistan angriffen, usw. hat Moskau die Abenteuer des großen Freundes gutgeheißen und ihm dazu noch Waffen und Rubel zur Verfügung gestellt. Als die internationale Öffentlichkeit die Annektion Sikkims verurteilte, begrüßte der sowjetische Sozialimperialismus Indira Ghandi. Die Nachrichtenagentur Tass bezeichnete den legitimen Widerstand des Volkes von Sikkim als ein Hindernis, das aus dem Weg geräumt werden muß. Im Zusammenhang mit Kaschmir haben die sowjetischen Sozialimperialisten die indische Reaktion offen unterstützt. Chrustschow erklärte seinerzeit, daß Kaschmir Bestandteil der indischen Union ist und daß ganz Kaschmir zu Indien gehört. Seine Nachfolger Breschnew und Konsorten verfolgen den gleichen Weg.

Nicht zufällig verkündete Indien das Abkommen mit Kaschmir gerade zu einer Zeit, zu der Gretschko mit anderen Marschällen der faschistischen russischen Armee in Indien eintraf. Gretschko außerte abermals seine Unterstützung für Indiens Politik und sang ihr Lobeshymnen. Dies ist ein weiteres Beispiel des Zynismus der Aggressoren. Der russische Imperialismus nennt auch den Teufel Bruder, wenn er nur seine aggressiven Ziele erreichen kann. Damit entlarvt er sich aber nur noch mehr. Und gleichzeitig wird das kollektive Sicherheitssystem in Asien entlarvt, als Falle, die Breschnew den Völkern Asiens stellt, um sie für seine räuberischen und hegemonistischen Ziele einzuspannen.

Die Ereignisse von Kaschmir wie die Ereignisse im Nahen Osten, auf Zypern usw. zeigen abermals, daß die sowjetischen Sozialimperialisten wie die amerikanischen Imperialisten, die alten Streitigkeiten anführen, um zwischen den Völkern Konflikte heraufzubeschwören, sie zu schwächen und sie ihren Interessen zu unterwerfen. Das Volk Kaschmirs ist selbst Herr seiner Geschicke. Ihm allein steht das Recht zu, über seine Angelegenheiten zu bestimmen! Die aggressive Politik Indiens rief in Kaschmir und bei der internationalen Öffentlichkeit großen Zorn hervor und die Abenteuer Dehlis und seiner Gönner werden mit Nachdruck verurteilt. Zahlreiche Demonstrationen fanden in den letzten Tagen auch in Pakistan statt, dessen Volk das Volk von Kaschmir und das Recht auf Selbstbestimmung mit Nachdruck unterstützt.

Neuer Betrug der Sowjetrevisionisten

Fortsetzung von Seite 2

in Mitteleuropa immer mehr Truppen stationiert und Waffen gehortet, mit der Absicht, ihre überlegene militärische Position in jedem Gebiet noch zu verstärken. Berichten zufolge wurden im vergangenen Jahr mehrere zehntausend Mann sowjetischer Truppen zur Verstärkung in europäische Grenzgebiete entsandt. Die in Europa stationierten Truppen der sowjetischen Land-, See- und Luftstreitkräfte wurden intensiv mit Waffen neuen Typs ausgerüstet. Zuerst verstärken, dann „einfrieren" — das ist der „Truppenabbau"-Trick der sowjetischen Revisionisten.

Darüber hinaus haben die Verfechter des „Einfrierens" den Stand, auf dem die Streitkräfte des Warschauer Paktes eingefroren werden sollen, stets verheimlicht.

Ein Sprecher der sowjetischen Seite erklärte, so wird berichtet, daß Daten über die Truppenstärke des Warschauer Paktes solange nicht erhältlich seien, bis ein grundsätzliches Abkommen erreicht worden ist. Weil keine Daten bekannt gemacht werden, können die Sowjetrevisionisten natürlich mit ihrer Verstärkung in Mitteleuropa weitermachen.

Weit davon entfernt, die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung der Sowjetrevisionisten in Europa „einzufrieren", dient ihr „neuer Vorschlag" dazu, die Gespräche über den Truppenabbau selbst „einzufrieren". Ein westlicher Berichterstatter bemerkte, der sowjetische Vorschlag habe „die jüngste Sackgasse in einer Folge festgefahrener Situationen während der 16monatigen Verhandlungen provoziert".

Die sowjetischen Revisionisten intensivieren täglich Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen, während sie ständig von „Entspannung" und „Abrüstung" reden. Nur wenige Tage nach der Unterbreitung ihres „neuen Vorschlags" gaben die sowjetischen Revisionisten bekannt, im März werde in Europa ein großangelegtes militärisches Manöver stattfinden. Das zeigt von neuem, was es mit dem „Einfrieren" auf sich hat.

Nichts auf der Welt ist für immer eingefroren. Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten um die Welthegemonie und um die Vorherrschaft in Europa ist niemals „eingefroren" gewesen und wird auch nie „einfrieren". Sie wird im Gegenteil immer hitziger. Das gilt auch für die Situation in Europa. Dadurch, daß die Sowjetrevisionisten die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen in Europa forcieren, verschärft sich die gespannte Lage noch mehr und mit ihr auch die Kriegsgefahr. Aber das Bewußtsein und die Kräfte der Volksmassen der verschiedenen Länder in ihrem Kampf gegen die Supermächte können niemals „eingefroren" werden. Im Gegenteil, sie erhöhen ihre Wachsamkeit dem sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus gegenüber immer mehr und nehmen ihn sehr ernst.

(Kommentar eines Hsinhua-Korrespondenten, 23. Februar).

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE CHINESISCHE FRAU HEUTE

„Die Frau ist wie ein Pferd. Du kannst ihr befehlen oder sie schlagen, wie es dir gefällt." Dieses alte chinesische Sprichwort charakterisiert die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft vor der Befreiung. Vor 1949 wurden die werktätigen Frauen Chinas von drei Gewalten unterdrückt: der politischen, der feudalen und der religiösen Gewalt. Sie waren dazu auch dem Mann unterworfen. Sie standen auf der untersten Stufe der Gesellschaft.

Heute, nachdem die Arbeiterklasse unter der Führung der KP Chinas die politische Macht erobert hat, genießen die Frauen und Männer in China gleiche Rechte auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Familie. Diese Rechte sind durch die Verfassung geschützt, die gleichzeitig festlegt, daß der Staat die Ehe, die Familie, die Mutter und das Kind schützt.



Nachdem die in- und ausländischen Kapitalisten und die Großgrundbesitzer enteignet und der Besitz an Boden und Produktionsmitteln in die Hand des Volkes übergegangen war, bekamen auch die Frauen die Möglichkeit, gleichberechtigt und frei in der Produktion zu arbeiten. Die Zahl der in der Produktion beschäftigten Frauen stieg rapide. Waren 1952 990 000 Frauen in der gesamten Volksrepublik Arbeiterinnen, so sind es heute alleine in Peking 700 000. Auch in den ländlichen Gebieten nehmen die Frauen in wachsendem Maße an der Produktion teil. In einigen Regionen sind es 95% der Frauen. Den Frauen steht heute jeder Beruf offen, ausgenommen allein diejenigen Berufe, die aufgrund der besonderen biologischen Eigenschaften der Frau schädliche Auswirkungen haben würden. Frauen in China können heute Kapitäne werden, Piloten, Chirurgen usw. – Berufe, die früher für keine Frau erreichbar waren.

Die Frauen stellen die Hälfte der chinesischen Bevölkerung. Ihre Teilnahme an der Produktion hat nicht nur das Tempo des sozialistischen Aufbaus erheblich erhöht. Sie hat außerdem dazu beigetragen, die Unterschiede zwischen Mann und Frau in Bezug auf Kultur, Fähigkeiten, Wissen und in Bezug auf die soziale Stellung zunehmend aufzuheben. Aber was noch wichtiger ist, durch die Teilnahme an der sozialistischen Revolution und dem sozialistischen Aufbau, erweiterten die Frauen ihren Gesichtskreis, befreiten sich von konservativen Vorstellungen und von Minderwertigkeitskomplexen und gewannen Vertrauen auf die eigene Kraft. Sie kamen zu der Ansicht, daß sie unter guten Voraussetzungen in die Tat umsetzen könnten, was Vorsitzender Mao gesagt hatte: „Die Zeiten haben sich geändert und heute sind Mann und Frau gleichberechtigt. Was die Männer erreichen können, können auch die Frauen erreichen."

Ein Zeichen dafür, daß die Frauen in ihrer Emanzipation gemacht haben, ist zum Beispiel die Tatsache, daß 22% aller Abgeordneten in China heute Frauen sind, daß in Peking die Frauen 37,9% der Gesamtzahl der Kader in Partei, Staat, Fabrik und ländlichen Volkskommunen stellen.

Da die Emanzipation der Frau nicht losgelöst zu sehen ist vom Fortschreiten der gesamten Revolutionierung der Gesellschaft ist es nicht verwunderlich, daß die Befreiung der Frau in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und jetzt wieder in der Bewegung der Kritik an Konfuzius und Lin Biao einen weiteren Aufschwung genommen hat. Ein Mittel, um den Frauen ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern und ihnen die Notwendigkeit ihrer bewußten Teilnahme an der sozialistischen Revolution zu erklären, sind die politischen Abendschulen in China geworden, die die Frauen, die bisher abseits der Produktion und der aktiven Teilnahme an der sozialistischen Revolution gestanden haben, in den gemeinsamen Kampf miteinbeziehen sollen.

Moderne Revisionisten schüren parlamentarische Illusionen

Unter der Parole „Durch Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung für bessere Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen“ haben die modernen Revisionisten der D„K“P den Wahlkampf ihrer Partei zu den Kommunal- und Landtagswahlen am 4. Mai eröffnet. Mit ihrem Wahlprogramm und ihren Losungen, mit ihrer ganzen Tätigkeit erweisen sich die modernen Revisionisten als raffinierte Verteidiger der Diktatur der Bourgeoisie, die, in der Maske der „Kommunistischen Partei“ und der „Arbeiteropposition“ den Parlamentarismus verteidigen, die versuchen, parlamentarische Illusionen zu züchten, um die Arbeiterklasse an den Kapitalismus zu ketten. Schützenhilfe erhalten sie dabei von den verschiedenen opportunistischen Gruppen und Zirkeln, die sich einen marxistisch-leninistischen Anstrich geben, wie z. B. der GRF, die sich nicht scheut, in der „Roten Fahne“ öffentlich zu erklären, daß die „Reihe wichtiger Landtagswahlen . . . entscheidend sind für die Entwicklung der bundesdeutschen Regierungspolitik.“

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit, der emporschnellenden Preise, des Lohnraubs, der zunehmenden politischen Unterdrückung, der wachsenden Unsicherheit der gesamten Existenz der Werktätigen, stellen sich immer mehr Menschen die Frage nach dem Ausweg. Wir sagen ihnen, die bürgerliche Demokratie, das parlamentarische System ist ein Betrug. *„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll“*, wie Lenin vor mehr als fünfzig Jahren schrieb, „ — *das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch - konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.*“

Die modernen Revisionisten der D„K“P haben diese grundlegende Lehre Lenins völlig verfälscht und verraten, ihre ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die Werktätigen mit dem System des Parlamentarismus auszusöhnen, um den einzigen Weg, sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, den Weg der proletarischen Revolution, der Auseinanderjagung des Parlaments, zu verdunkeln.

Der Wahlkampf der modernen Revisionisten der D„K“P in Nordrhein-Westfalen, den sie in allen bisherigen Landtagswahlen in ähnlicher Weise geführt haben, bietet dafür ein anschauliches Beispiel. In den Mittelpunkt haben die modernen Revisionisten in Nordrhein-Westfalen die Forderung nach einem gesetzlichen Preisstopp gestellt und eigens dafür auch einen eigenen Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Die Forderung nach einem Preisstopp widerspricht aber der ganzen Natur des kapitalistischen Systems, das auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie beruht. Überall da, wo es, wie z. B. in Schweden, Großbritannien oder den USA, Preisstoppgesetze gegeben hat, haben sie einzig und allein dazu gedient, Lohnerhöhungen und den Kampf der Arbeiter für höhere Löhne gesetzlich zu verbieten, waren sie ein Mittel der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die modernen Revisionisten weisen natürlich den Vorwurf, daß ihre Aktionen für ein Preisstoppgesetz der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse dienen, so wie in Schweden, Großbritannien oder den USA, entrüstet zurück. Um diesen Vorwurf zu widerlegen, ist von ihnen in vielen Betriebszeitungen ein Artikel abgedruckt worden, in dem es heißt: *„Natürlich hat es nicht geklappt. Das haben ja auch die Unternehmer inszeniert. Denkst Du, ich will einen Preisstopp, den die Konzernchefs ‚kontrollieren‘? Wenn Preisstopp, dann muß die Gewerkschaft den Daumen draufhaben, dann müssen wir der Regierung und den Finanzhaien auf die Finger sehen . . . und notfalls auch klopfen.*“

In ihren Gesetzentwurf selber haben sie denn auch die Bildung örtlicher und betrieblicher Preiskontrollinstanzen aufgenommen. Wir wissen ganz genau, sagen die modernen Revisionisten, daß die Regierung, das Parlament und die Parteien, die in ihm vertreten sind, daß der ganze Staat den Monopolen nützt. Deshalb kann die Lage der Werktätigen nur verbessert werden, wenn die Macht der Monopole eingedämmt, zurückgedrängt und schließlich überwunden wird. Sie schreiben z. B.: *„Wir gehen davon aus, daß im Zusammenhang mit dem Kampf um andere antimonopolistische Forderungen — wie dem Ringen um eine wirksame Mitbestimmung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, um die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen — auch die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen für das Wirken des Parlaments geändert werden können und der parlamentarische Kampf selbst eine andere Bedeutung erlangen kann.*“

All diese „antimonopolistischen Forderungen“ sind in Wirklichkeit Losungen und Parolen, die sich direkt gegen die Arbeiterklasse richten und ihrer verschärften Ausbeutung und Unterdrückung dienen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Propaganda der modernen Revisionisten für den arbeiterfeindlichen, imperialistischen Gewerkschaftsapparat, der von der D„K“P als das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse zur Verwirklichung einer „wirksamen“ Mitbestimmung, der „Kontrolle der Macht der Monopole“ angepriesen wird. Die modernen Revisionisten können der Bourgeoisie kaum einen besseren Dienst erweisen, als die Arbeiterklasse an diesen Apparat zu ketten, der von Anfang an ihr Instrument zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter war. Ein Blick auf die Verhältnisse in den Betrieben der Montanindustrie, wo es die paritätische Mitbestimmung schon seit langem gibt, genügt, um festzustellen, daß dort die Ausbeutung nicht etwa geringer und die Freiheit größer geworden ist, sondern im Gegenteil die Ausbeutung am größten und die Unterdrückung am schärfsten ist.

Eben weil der DGB selbst einer der größten Finanzkapitalisten in der Bundesrepublik ist, weil der DGB-Apparat durch und durch mit dem Staatsapparat verfilzt ist, bedeutet die Propaganda für die Mitbestimmung nicht nur die Verbreitung von Illusionen, sondern ist ihre Praxis nicht die Verwirklichung von „mehr Demokratie“ sondern eine Verschärfung der Faschisierung. Die modernen Revisionisten haben dabei die Aufgabe übernommen, die Arbeiter zu entwaffnen und sie der Bourgeoisie auszuliefern.

„Die gesellschaftlichen Bedingungen für das Wirken des Parlaments“ haben sich geändert, behaupten die modernen Revisionisten. Wir haben gerade am Beispiel der Mitbestimmung gesehen, daß das nichts als eine Lüge ist. In den fast zwanzig Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik hat die Kapitalistenklasse ihren Staatsapparat ständig vervollkommnet und ausgebaut. Der Bundestag hat vor einigen Jahren die Notstandsgesetze verabschiedet und in den letzten Jahren, mit der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, sich weitere zusätzliche Gesetze geschaffen, wie z. B. das Gesetz über die Serientäter, der Zentralisierung der Polizei, der Ausdehnung des Operationsbereiches des Bundesgrenzschutzes auf das ganze Bundesgebiet und die neue Strafprozeßordnung, um nur einige zu nennen. In der gleichen Zeit ist die Polizei der Länder, sind die Spitzeldienste bestens ausgerüstet worden und ihr Apparat wird weiter vervollkommnet. Selbstverständlich hat der Bundestag allen diesen Gesetzen und Maßnahmen zugestimmt, aber die Entscheidung darüber ist nicht im Parlament gefällt worden. Auch heute ist es so, wie Lenin festgestellt hat:

Ernst Thälmann — unsterblicher Sohn der deutschen Arbeiterklasse, ein unversöhnlicher Kämpfer gegen den Revisionismus und Opportunismus. Die D„K“P-Revisionisten mißbrauchen den Namen Ernst Thälmanns um ihren Verrat zu tarnen.

„Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen und andere: die eigentlichen ‚Staats‘-geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departments, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das niedere Volk hinters Licht zu führen.“ Und dies gilt heute mehr denn je. Da ist nicht nur das Heer der Bürokraten in den Ministerien, Kanzleien und Stäben, das sich seit Lenins Zeiten riesenhaft vergrößert hat und mit tausenden von Fäden mit der Bourgeoisie verbunden ist, es ist auch undenkbar, daß nur ein einziges Gesetz, eine einzige Verordnung im Bundestag verabschiedet wird, ohne die Zustimmung der Monopolbourgeoisie.

In ihrem Wahlprogramm für NRW behaupten die modernen Revisionisten der D„K“P: „Wir Kommunisten erklären deshalb auch nicht, daß alleine schon die Wahl von Abgeordneten der DKP . . . das Ende der kapitalistischen Krisenerscheinungen bringen würde. Aber mit DKP-Fraktionen in den Parlamenten würde sich viel ändern. Nichts mehr bliebe so wie bisher.“

Die modernen Revisionisten geraten dabei richtiggehend ins Schwärmen. Da kommen die Forderungen „ungeschminkt auf den Tisch“, die Parlamente bekommen „gläserne Türen“ und „offene Fenster“, sogar „Moral und Sauberkeit ziehen ein“. Nun gibt es allerdings keine D„K“P-Fraktionen in den Landtagen und es ist auch nicht damit zu rechnen, daß dort welche einziehen, um diese Schaumschlägerei, die mit der Unzufriedenheit und Empörung vieler Menschen über die Korruption, die Betrügereien und die Heucheleien in den Parlamenten spekuliert, auch praktisch widerlegen zu können.

Es gibt aber stattdessen eine ganze Reihe von Mitgliedern der D„K“P in den Betriebsräten und wenn auch die Betriebsräte nicht direkt mit den Parlamenten verglichen werden können, ist die Tätigkeit der modernen Revisionisten dort doch ein anschaulicher Beweis dafür, was es mit den „gläsernen Türen“, den „offenen Fenstern“, und „Moral und Sauberkeit“ in der Praxis auf sich hat. Erwähnt sei hier nur, daß sich die Betriebsräte der D„K“P voll und ganz auf den Boden des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes stellen, das die Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten die „Friedenspflicht“ ebenso vorschreibt wie die Schweigepflicht.

Die Betriebsräte Meyerling und Nusch auf der Hoesch-Hütte Phönix in Dortmund z. B. haben nach dem spontanen Streik der Arbeiter im Februar 1973 öffentlich bekannt, daß sie nur aus dem Grund daran teilgenommen haben, um „das Schlimmste zu verhüten“ und sich anschließend verpflichtet, einen spontanen Streik niemals wieder zu unterstützen. Danach stand ihrem Verbleib im Betriebsrat und der Rücknahme ihrer Kündigung nichts mehr im Wege. Es ist bezeichnend, daß Meyerling dieser Arbeiterverräter von der D„K“P als einer ihrer Kandidaten zu den Landtagswahlen dieses Jahres aufgestellt worden ist. Allein dieses Beispiel beweist, daß die „Arbeiteropposition“, die da in die Parlamente einziehen will, in Wirklichkeit den Arbeiterverrat auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Lenin sagte: *„Andererseits hat die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie die Parlamentstribüne, besonders in den fortgeschrittenen Ländern, zum hauptsächlichsten oder zu einem hauptsächlichen Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle oder politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt.*“

Die Tatsache, daß die modernen Revisionisten der D„K“P auf diesem Tummelplatz bereits völlig zu Hause sind und sich in den parlamentarischen Winkelzügen, den Betrügereien am Volk bestens auskennen, ist nur die eine Seite der Sache. Die modernen Revisionisten haben den Marxismus-Leninismus und die Revolution verraten, sie sind Feinde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Nur durch die proletarische Revolution kann sich die Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung befreien und die Macht der Bourgeoisie brechen. Die Bourgeoisie ist für diesen Kampf auf Leben und Tod bestens gerüstet, sie wird es niemals zulassen, daß ihr die Macht von einem Tag auf den anderen, auf friedlichem Wege, mit dem Stimmzettel aus der Hand genommen wird. Die modernen Revisionisten dagegen erklären, daß es bei den Wahlen in NRW darauf ankommt, zu verhindern, „daß in NRW Parlamente existieren, die sich willenlos dem Diktat der Großkonzerne beugen.“ Sie behaupten damit nichts anderes, als daß das Parlament zu einem wirklichen Machtinstrument in den Händen der Arbeiterklasse werden kann, daß auf diese Weise die Macht der Monopole zurückgedrängt werden könnte und der Weg zum Sozialismus geöffnet würde. Das ganze Elend liegt angeblich nur daran, daß die Parlamente heute noch in der Hand der Monopole und ihrer Parteien sind, aber „nichts bleibt mehr so wie bisher“, wenn dort morgen Abgeordnete der D„K“P Sitz und Stimme haben. Das wird dann der erste Schritt auf dem Weg zur Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie sein.

Der ganze Charakter der Forderungen der modernen Revisionisten, die Unzahl von Gesetzesvorschlägen, wie das Gesetz über einen sofortigen Preisstopp, hat keinen anderen Sinn, als den Kampf der Arbeiterklasse auf das parlamentarische System auszurichten und den Glauben an das Parlament als der entscheidenden Stätte, in der die Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten der Werktätigen fallen aufrechtzuerhalten. Dem gleichen Zweck dient auch der Taschenspielertrick der Billigverkäufe von Eiern, Fleischwurst und Kartoffeln, den die modernen Revisionisten seit einiger Zeit in vielen Städten des Ruhrgebietes durchführen und mit dem sie den Eindruck erwecken wollen, daß ein Preisstopp möglich ist, wenn es nur genügend Abgeordnete der D„K“P in den Parlamenten gibt.

Die modernen Revisionisten versuchen damit der dünn gewordenen Tünche der bürgerlichen Demokratie neuen Glanz zu verleihen. Ihre Demagogie soll vertuschen, daß die bürgerliche Demokratie in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur der kleinen Klasse der Ausbeuter über die ungeheure Mehrheit der Ausgebeuteten. Die modernen Revisionisten beteiligen sich an den Wahlen, um diese Diktatur mit dem Feigenblatt der „Arbeiteropposition“ zu verzieren, um die Arbeiterklasse angesichts des Terrors und der Gewalt, die die Bourgeoisie angesichts der Krise und der verschärften Klassenauseinandersetzungen verstärkt, zu entwaffnen. Die Diktatur der Bourgeoisie kann man nicht mit dem Stimmzettel, auf dem Boden des Parlaments besiegen. Wer dies tut, handelt, wie die Ereignisse in Chile gezeigt haben, verbrecherisch. **Deshalb kann für uns die Beteiligung an den Wahlen nur heißen, die Gelegenheit zu nutzen, um das durch und durch verfaulte kapitalistische System, den Betrug, der an den Arbeitern und werktätigen Massen verübt wird, zu enthüllen, um die Notwendigkeit und den Nutzen der proletarischen Revolution für die Arbeiterklasse und die Werktätigen klarzumachen.**

Keine innere Sicherheit für die Ausbeuter

Nieder mit der Faschisierung!

Fortsetzung von Seite 1

die politische Krise der Herrschaft der Kapitalistenklasse verschärft, was sich am klarsten in der Tatsache ausdrückt, daß unsere Partei, die der Arbeiterklasse und dem ganzen werktätigen Volk klar den revolutionären Ausweg weist, große Fortschritte bei der Gewinnung und Schmiedung der Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus macht.

Die von Schmidt während der Bundestagsdebatte ausgestoßenen Drohungen, es müsse endlich „Schluß sein mit der falschen Sympathie gegenüber Ersatzproletariern, die sich als Vorkämpfer der Arbeiterklasse aufspielen", zeigt deutlich, gegen wen sich der Angriff des imperialistischen Staatsapparates richtet. Schmidt will die Arbeiter und die anderen Werktätigen einschüchtern, ihnen drohen: wenn ihr für die sozialistische Revolution eintretet, wenn ihr Sympathie für die KPD/ML und den Marxismus-Leninismus zeigt, werdet ihr den ganzen Terror des staatlichen Unterdrückungsapparates zu spüren bekommen. Daß Schmidt sich gezwungen sieht, zu dieser Einschüchterung zu greifen, verrät, wie wenig er selbst auf die demagogische Lüge baut, nur studentische „Ersatzproletarier" würden für die gewaltsame Revolution eintreten. Die Entwicklung des Klassenkampfes und die ständigen Fortschritte unserer revolutionären Partei bei ihrer Verankerung in den Betrieben entlarven diese Lügen sehr schnell als Zweckpropaganda der Bourgeoisie. Und wenn Schmidt ausruft, die „Terroristen" müßten „ausgetilgt" werden, dann trennen ihn kaum noch Nuancen von der „Nationalzeitung", die mit der Schlagzeile „Brecht den roten Terror mit dem Henker!" erschien.

„Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", „innere Sicherheit" — das sind nur Umschreibungen für die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates, für den Versuch der Kapitalistenklasse, ihre Herrschaft durch die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur gegen den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse zu verteidigen. Um das vor den Massen zu vertuschen, werden Akte des individuellen Terrors wie die Lorenz-Entführung oder die Drenckmann-Erschießung zum Vorwand genommen. So soll der Eindruck erweckt werden, es ginge ja nur um den Kampf des Staatsapparates gegen einige von der Arbeiterklasse und den Kämpfen der Massen völlig isolierte Leute.

Allein die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Spätestens mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze haben die westdeutschen Imperialisten klar zu erkennen gegeben, daß sie in der erneuten Errichtung einer faschistischen Diktatur für sich den einzigen Ausweg aus der Verschärfung der Klassenkämpfe sehen. So sind auch die verschiedenen Maßnahmen, die während der Bundestagsdebatte angesprochen wurden, keineswegs erst mit der Lorenz-Entführung ins Spiel gekommen. Beispielsweise haben sich alle drei Bundestagsparteien und die Bundesregierung dafür stark gemacht, die föderalistische Kompetenzenteilung in Fragen des „Kampfes gegen den Terrorismus" weitgehend aufzuheben, die Staatsgewalt stärker zu zentralisieren, um wirkungsvoller und schneller zuschlagen zu können. Als Modellfall wird auf den im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung gebildeten Krisenstab verwiesen, der praktisch eine Anwendung des in den Notstandsgesetzen vorgesehenen „gemeinsamen Ausschusses" ist. Aber bereits vor der Gründung des Bonner Krisenstabes und ohne Ausrufung des Notstandes war das föderalistische Prinzip, was den Kampf des imperialistischen Staatsapparates gegen die revolutionäre Bewegung angeht, weitgehend aufgeweicht. Bereits am 13. 11. 73 erklärte Bundesinnenminister Genscher: **„Als wirkungsvollstes Instrument für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich der inneren Sicherheit hat sich die Innenministerkonferenz erwiesen. Hier vollzieht sich eine für die Öffentlichkeit nur selten wahrnehmbare, dafür aber umso effektivere Koordinierung der gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen."** Was so das Licht der Öffentlichkeit scheut, ist schlicht und einfach der Abbau des föderalistischen Prinzips, das bei der Gründung der Bundesrepublik als Schutzwall gegen eine neue zentralisierte faschistische Diktatur gefeiert wurde, in einem Bereich, wo die Bourgeoisie den schwerfälligen Plunder nicht mehr brauchen kann.

Bundeskanzler Schmidt hat sich in der Bundestagsdebatte unmißverständlich für die weitere Zentralisierung der Polizei ausgesprochen und wollte auch den Aufbau eines dem amerikanischen FBI ähnlichen zentralen Polizeiapparates nicht ausschließen. Auch dieser Plan liegt natürlich nicht erst seit der Lorenz-Entführung auf dem Bonner Tisch, vielmehr wird die Schaffung einer zentralen Kommandostelle für die Polizei schon seit Jahren betrieben. Bereits 1972 wurde das Bundeskriminalamt laut Gesetz zur zentralen Erkennungsdienststelle der Polizei und durch die Einrichtung eines Datenverbundes zwischen Bund und Ländern in die Lage versetzt, binnen weniger Minuten Auskunft über praktisch jeden Bürger zu geben. Im selben Gesetz wurde die „politische Ermittlungszuständigkeit" des BKA für politische Attentate auf Mitglieder der Verfassungsorgane des Bundes und Leiter und Angehörige ausländischer diplomatischer Missionen festgesetzt. Ebenso seine Zuständigkeit für den illegalen Handel mit Waffen, Munition und Sprengmitteln. In seinem Aufgabenbereich wurden alle „Schutz- und Sicherungsfunktionen" für Verfassungsorgane des Bundes und ihre Gäste gelegt. Außerdem wurden besondere „Unterstützungspflichten" des BKA zur „Verbesserung der kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern festgelegt. **Seit 1969 stieg der Etat des Bundeskriminalamtes von 22 Mio. DM auf 130 Mio. DM an.** Und die Bundesregierung hat im Anschluß an die Bundestagsdebatte durch Bundesinnenminister Maihofer erklären lassen, daß „in diesem und in den nächsten Jahren weitere Steigerungen in entsprechenden Größenordnungen" durchgesetzt werden sollen.

Zur Stärkung der Polizeigewalt des Bundes, wie sie in den vergangenen Jahren erfolgt ist, gehört auch die Mitte 73 gesetzlich festgelegte besondere Ausrichtung des Bundesgrenzschutzes auf „Aufgaben der inneren Sicherheit" und der auf dieser Grundlage nach Absprache mit den Innenministerkonferenz gefaßte Beschluß des Bundesinnenministers zur Aufstellung einer besonderen Bürgerkriegseinheit des Bundesgrenzschutzes. In dem Beschluß heißt es: **„Aufgabe der Spezialeinheiten wird es sein, an jedem Ort und zu jeder Zeit auf Anforderung eines Bundeslandes gemäß § 9 des BGS-Gesetzes für polizeiliche Einsätze verfügbar zu sein. Der Einheit werden u. a. Präzisionsschützen, Waffen- und Sprengstoffexperten, Chemo- und Elektrotechniker sowie Fernmelde- und andere technische Spezialisten angehören. Die Angehörigen der Spezialeinheit werden durch eine besondere Ausbildung im waffenlosen und bewaffneten Kampf auf ihren Einsatz vorbereitet."**

Die Forderung von Schmidt nach „Bekämpfung konspirativer Terrorgruppen durch Observation und Infiltration in die Sympathisantengruppen" wird, wie beispielsweise die Fälle Ruhland und Urbach beweisen, längst praktiziert. Bislang tauchte allerdings für Polizei und Verfassungsschutz stets das Problem auf, daß die von ihnen eingeschleusten Agenten und Spitzel, um nicht aufzufliegen an den Aktivitäten der von ihnen bespitzelten Organisation teilnehmen mußten, auch wenn diese gegen bürgerliche Gesetze verstießen. Nach dem bürgerlichen Recht müßten sie also genauso vor Gericht gestellt werden wie die Leute, die von ihnen ans Messer geliefert wurden. Darum taucht jetzt das System der „Kronzeugen" als Vorschlag auf. Es besagt, daß demjenigen, der durch seine Zeugenaussage zur Aufklärung eines „Verbrechens" beiträgt, von der Justiz Straffreiheit zugesichert wird, auch wenn er darin verwickelt war. So räumt der bürgerliche Staatsapparat seine eigenen Gesetzesbestimmungen beiseite, wenn sie ihm im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung hinderlich sind. Vor allem soll durch das „Kronzeugensystem" wohl eingeschleusten Provokateuren freie Bahn geschaffen werden.

Diese wenigen Beispiele entlarven klar die Demagogie der Bourgeoisie, die jetzige Verschärfung des staatlichen Terrors sei die „notwendige Antwort" auf die „Herausforderung des Rechtsstaates" durch die Lorenz-Entführung. Sie beweisen, wie unsinnig das Gerede der D„K"P-Revisionisten ist, nach dem die Faschisierung angeblich durch den revolutionären Kampf provoziert wird. **Die D„K"P-Revisionisten wollen damit nur von der Tatsache ablenken, daß die Kapitalisten systematisch die Faschisierung ihres Staatsapparates betreiben, um zu versuchen, den Angriff der proletarischen Revolution mit faschistischem Terror blutig zu ersticken.** Das gehört zu ihrer schmutzigen Aufgabe, als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung dem Faschismus den Weg zu bereiten.

Es ist so, daß die Bourgeoisie überall, wo der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung entbrennt, mit verschärfter politischer Unterdrückung, mit Maßnahmen der Faschisierung reagiert, um zu versuchen, den Funken auszutreten, bevor er zum Steppenbrand wird. Gegen die revolutionäre Bewegung der studentischen Jugend geht der imperialistische Staat mit Verschärfungen des Ordnungsrechtes, den Hochschulrahmengesetzen und der Liquidierung der verfaßten Studentenschaft vor. Gegen den revolutionären antimilitaristischen Kampf der Soldaten erließ er beispielsweise bereits 1971 den berüchtigten Maulkorberlaß, der jeden revolutionären Zusammenschluß der Soldaten verbietet, nach dem es den Soldaten sogar verboten ist, gemeinsam eine Beschwerde zu verfassen oder sich zu verabreden, Beschwerden gleichen Inhalts zu schreiben. Gegen die Tatsache, daß sich immer mehr Lehrer auf die Seite der Arbeiterklasse stellen und den Kampf gegen das kapitalistische Ausbildungssystem aufnehmen, wurde der sogenannte Radikalenerlaß beschlossen, der die fortschrittlichen Lehrer mit Berufsverbot belegt. Genscher sprach am 23. Oktober 73 klar aus, was die Bourgeoisie durch die Berufsverbote verhindern will: **„Ich sage es ohne wenn und aber: wer den freiheitlichen Rechtsstaat durch die Diktatur des Proletariats ersetzen will, (. . .), der hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen."**



Bild links: Neue Ausrüstung für Scharfschützen: Schild mit Guck- und Schießloch. Bild rechts: Scharfschützen für's Kapital üben Einsatz gegen die Arbeiterklasse.

Vor allem aber richtet sich die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates natürlich gegen die Arbeiterklasse. Mit der im reaktionären Betriebsverfassungsgesetz, durch das die politische Unterdrükkung der Arbeiterklasse gegenüber dem Adenauer-BVG sogar noch verschärft wurde, befohlenen Betriebsfriedenspflicht wird praktisch jeder selbständige Kampf der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie illegalisiert. Polizeiknüppel gegen streikende Arbeiter im Sommer 73 sprechen eine deutliche Sprache. Als besonderes Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse dient den Kapitalisten der reaktionäre DGB-Apparat. Er geht besonders gegen die klassenkämpferischen, revolutionären und kommunistischen Kollegen vor. Auf der Grundlage der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse werden sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, womit der DGB-Apparat häufig auch gleichzeitig die politische Entlassung des Kollegen aus dem Betrieb eingeleitet hat. An der Seite von Betriebsleitung und Werkschutz sind es nicht selten die DGB-Betriebsräte, die die politische Entlassung von Kommunisten betreiben, indem sie sie bei den Kapitalisten denunzieren bzw. Provokationen zur „Störung des Betriebsfriedens" inszenieren, die dann als Vorwand für die von DGB-Betriebsräten mit unterschriebene Entlassung dienen. **Die Rolle des DGB-Apparats im Rahmen der Faschisierung besteht hauptsächlich darin, daß er als Instrument der Kapitalistenklasse versucht, der Arbeiterklasse den „Frieden" mit den Ausbeutern aufzuzwingen. Das geschieht vor allem auf der Grundlage der von ihm mit Unterstützung der D„K"P-Revisionisten propagierten Mitbestimmung.**

Indem der DGB-Apparat die „Rentabilität der Betriebe" und die „wirtschaftliche Stabilität" zum gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Kapitalisten erklärt, versucht er die Arbeiterklasse entgegen ihren objektiven Interessen und unter Ausnutzung aller Methoden der Einschüchterung und des Terrors auch gegen ihren subjektiven Willen am unversöhnlichen Kampf gegen ihre Ausbeuter zu hindern. **So läuft die Mitbestimmungsideologie in der Konsequenz auf die faschistische Volksgemeinschaftsideologie hinaus, in der jeder Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen als Verbrechen am Ausbeuter und Ausgebeutete angeblich einenden „Volksganzen" mit faschistischem Terror unterdrückt wird.** Nicht umsonst hat Schmidt in der Bundestagsdebatte den DGB-Apparat für sein Eintreten für den „Rechtsstaat" gelobt. Nicht umsonst hat Brandt gerade die SPD-Betriebsrätekonferenz zu besonders wütenden Angriffen gegen den Kommunismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung benutzt.

Die D„K"P-Revisionisten und die Opportunisten aller Schattierungen erklären, die faschistische Gefahr gehe von einem sogenannten „Rechtskartell" aus, das politisch vor allem durch Strauß und die CDU/CSU repräsentiert werde. Die Bundestagsdebatte zur „inneren Sicherheit" aber hat erneut gezeigt, daß alle bürgerlichen Parteien die Faschisierung vorantreiben. Die Hauptgefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur geht heute vom imperialistischen Staatsapparat selbst aus. Er ist unser Hauptfeind im antifaschistischen Kampf. Natürlich kämpfen wir um jedes demokratische Recht. **Aber es gibt für die Arbeiterklasse nur einen Weg, die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur zu verhindern: die proletarische Revolution, die gewaltsame Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats.** Darum versucht die Bourgeoisie mit der „Anti-Terrorismus-Hetze" die revolutionäre Gewalt vor den Massen zu diskreditieren, darum das neue Gesetz zur Bestrafung der „Befürwortung schwerer Gewalttaten", durch das jede Propagierung der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution kriminalisiert werden soll. Darum auch die kaum verhohlenen Ankündigungen verschärfter Verfolgungsmaßnahmen gegen unsere Partei. Denn gerade die verschärfte Faschisierung unterstreicht die Notwendigkeit der Führung des Kampfes durch die bolschewistischen Partei, die in der Lage ist, die noch bestehenden legalen Möglichkeiten für den Vormarsch der sozialistischen Revolution zu nutzen, die aber ebenso die Formen des illegalen Kampfes beherrscht, um die Arbeiterklasse auch unter den Bedingungen schärfsten Terrors zum Sieg zu führen.

KEINE INNERE SICHERHEIT FÜR DIE AUSBEUTER!

NIEDER MIT DER FASCHISIERUNG!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Richter gibt zu

Möglicher Tod Saschas war einkalkuliert

„Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß dem damaligen Angeklagten Haschemi bei einer aufgrund einer Verurteilung durch das Amtsgericht München erfolgenden Abschiebung in den Iran aufgrund seiner kommunistischen Einstellung im Iran erhebliche Verfolgungsmaßnahmen drohen."

Dieser Satz stammt aus der Urteilsbegründung des Amtsgerichts München im Prozeß gegen 9 Genossen, die im letzten Jahr ein Flugblatt zum Prozeß gegen den Genossen Sascha verteilten. In der Urteilsbegründung heißt es weiter: „Das Urteil des Amtsgerichts München, selbst wenn es als Grundlage der Abschiebung dienen sollte, deshalb jedoch als Henkersurteil zu bezeichnen, geht entschieden zu weit. (...) Die Tatsache eines möglichen zu Tode kommens des Angeklagten Haschemi wird durch diese Bezeichnung nicht den persischen Behörden, sondern bereits dem das Urteil fällenden Richter des Amtsgerichts München angelastet."

Wo ist hier noch der Unterschied zu den Nazi-Größen, die das Todesurteil für tausende von Kommunisten, fortschrittlichen Menschen und Juden unterschrieben und hinterher frohlockten, daß das Blut dieser Menschen nicht an ihren Händen, sondern an denen ihrer ausführenden Schergen klebte? Die Urteilsbegründung von Richter Sollmayr bestätigt, was die Partei und die Rote Garde schon immer gesagt haben: die westdeutsche Klassenjustiz nimmt die Tatsache, daß Saschas Vater die iranische Staatsbürgerschaft hat, zum Anlaß, um einen deutschen Kommunisten kaltblütig der Folter und dem möglichen Tod im Iran auszusetzen. Das aber ist nichts anderes als Schreibtischmord! Das Gericht, das die Verurteilung von Sascha unterschrieb, setzte seinen Namen unter ein Henkersurteil!

Die Urteilsbegründung zeigt gleichzeitig offen, daß die 9 angeklagten Genossen tatsächlich allein aufgrund ihrer Gesinnung verurteilt werden. Deshalb, weil sie den geplanten Schreibtischmord an Genossen Sascha anprangerten und erklärten, daß diese „Demokratie" eine Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen ist, die in der bewaffneten Revolution gestürzt werden muß. Richter Sollmayr gibt in seiner Urteilsbegründung nämlich nicht nur zu, daß gar nicht erwiesen ist, ob überhaupt von allen Genossen das fragliche Flugblatt verteilt wurde, sondern erklärt gleichzeitig, daß ein solcher Beweis für das Gericht auch Nebensache sei: „Die Angeklagten haben in ihren abgegebenen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht, daß sie den Inhalt der Flugblätter kannten und billigten und die Bekanntmachung dieses Inhalts an einen möglichst großen Personenkreis für notwendig erachteten. Es kommt somit nicht darauf an, ob die Angeklagten das Flugblatt mit den genannten Äußerungen verteilten, oder ob sie überhaupt verteilten."

Mit anderen Worten: bestraft gehört nach Ansicht dieses Vertreters der bürgerlichen Klassenjustiz jeder, der gegen den geplanten Schreibtischmord an Genossen Sascha kämpft, jeder, der revolutionär gegen die politische Unterdrückung in diesem Land kämpft. Die immer neuen Solidaritätsbeweise für den Genossen Sascha aber zeigen, daß auch mit solchen Terrorurteilen der Kampf für die sofortige Einbürgerung Saschas nicht aufzuhalten sein wird.

Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner

Genosse angeklagt - Günters Mörder geschützt

Am 1. 4. 75 beginnt der Prozeß gegen Hanfried Brenner, bei dessen Arbeitsgerichtsverhandlung gegen die Mannesmannbosse Genosse Günter Routhier ermordet wurde. Der Staatsanwalt hat die Einsetzung eines Schöffengerichts beantragt, was in der Regel damit begründet wird, daß eine Gefängnisstrafe über einem Jahr zu erwarten ist.

Um Genossen Hanfried möglichst zu einer Gefängnisstrafe verurteilen zu können, sind auf Antrag der Staatsanwaltschaft 7 Anklageschriften zusammengezogen und insgesamt 9 Gesetze aufgefahren worden, die Genosse Hanfried angeblich gebrochen haben soll.

Bei Genossen Hanfried hat die Bourgeoisie ein besonderes Interesse, ihn zu verurteilen. Denn er hatte sich bei den kämpferischen Mannesmann-Arbeitern Vertrauen erworben. Er war von den Mannesmann-Kapitalisten entlassen worden, weil er – anders als die Knapp-Clique und die D„K"P – den revolutionären Klassenkampf propagierte und führte und nicht wie sie die Klassenversöhnung und den friedlichen Weg zum Sozialismus predigte. Die Tatsache, daß das Arbeitsgericht seine Entlassung bestätigte und die Polizei auf einen der Zuschauer bei diesem Prozeß, Genossen Günter Routhier, einen Mordanschlag verübte, hatte vielen gezeigt, daß dieser Staat keine „Demokratie" ist, sondern eine Diktatur der Kapitalistenklasse, daß der Terror der Polizei sich nicht gegen irgendwelche Spinner oder Chaoten richtet, sondern gegen kommunistische Arbeiter, die von ihren Kollegen geachtet werden.

Die Anklageschrift, die der Staatsanwalt gegen Genossen Hanfried in Bezug auf die Arbeitsgerichtsverhandlung zusammengebastelt hat, geht in ihrem Bemühen, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und die Polizisten als Unschuldslämmer und die Kommunisten als die wahren Schuldigen hinzustellen, so weit, daß Genosse Hanfried der „gefährlichen Körperverletzung" angeklagt wird, weil er angeblich „absichtlich mit dem Fuß von hinten gegen die linke Wade des Zeugen POM Schedlock" getreten haben soll – was immerhin eine erstaunliche Gedächtnisleistung ist – und auf der anderen Seite nicht einmal erwähnt, daß Genosse Günter Routhier bei dieser Verhandlung anwesend war.

Inzwischen glaubt die bürgerliche Klassenjustiz nicht mehr, mit solchen plumpen Manövern irgendeinen Erfolg haben zu können. Die Begründung über die Einstellung des Verfahrens gegen die Mörder des Genossen Günter zeigt im Gegenteil, daß sie versucht, mit einem Wust von „Detailuntersuchungen" den Anschein von Wahrheitssuche zu erwekken. Aber ohne Erfolg. Denn das ist das Dilemma der bürgerlichen Klassenjustiz: je mehr sie den Anschein erwecken will, sie könne die Argumente der KPD/ML widerlegen, desto offener muß sie am Ende zur Ermordung des Genossen Günter Stellung nehmen, um auch weiterhin die Mörder des Genossen Günter schützen und die Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen, die seinen Mord anprangern, verurteilen zu können. So bleibt als Ergebnis der Einstellungsbegründung, daß die Staatsanwaltschaft bekennt, sie halte den Polizeieinsatz bei der Arbeitsgerichtsverhandlung auf jeden Fall für gerechtfertigt, selbst wenn Genosse Routhier an seinen Folgen gestorben sein sollte.

Genosse Hanfried wird in seinem Prozeß nicht als Angeklagter auftreten. Er wird das Versprechen einlösen, daß er und alle anderen Genossen der Partei beim Tod des Genossen Günter gegeben haben, die Wahrheit über den Mord an einem Kommunisten zu verbreiten und zu zeigen, daß die Arbeiterklasse unter Führung der KPD/ML in der sozialistischen Revolution diesen imperialistischen Staat zerschlagen muß, der mit Mord und Terror die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechterhalten soll.

Der Prozeß findet statt am 1. und 2. 4. 75, Amtsgericht Duisburg, König-Heinrich-Platz 1, Zimmer Nr. 179. Beginn jeweils 9 Uhr.

Rechtsanwalt Croissant

Von der Verteidigung ausgeschlossen

Auf Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart wurde Rechtsanwalt Croissant, Verteidiger von Andreas Baader, am 12. 3. 75 von der Verteidigung seines Mandanten ausgeschlossen. Damit wurde Baader wenige Wochen vor der Hauptverhandlung gegen ihn, Ulrike Meinhoff, Jan-Karl Raspe und Gudrun Ensslin des Verteidigers beraubt, der sich seit Jahren auf diese Aufgabe vorbereitet hatte.

Anlaß für diesen Beschluß ist das „Spiegel"-Interview mit einigen, der Mitgliedschaft in der RAF angeklagten Genossen. Das Oberlandesgericht wertet die angebliche Vermittlerrolle von Rechtsanwalt Croissant dabei als Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

In Wirklichkeit geht es aber nicht um dieses Interview. Es geht um die Durchsetzung der neuen Strafprozeßordnung, um den Ausschluß von fortschrittlichen Rechtsanwälten. Nicht umsonst hat Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung bedauert, daß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung erst gegen einen Rechtsanwalt angewandt wurden.

Die Bourgeoisie bekämpft die fortschrittlichen Rechtsanwälte und will sie durch Zwangsverteidiger ersetzen, weil sie so die Verteidigungsmöglichkeiten aller angeklagten Revolutionäre und die Verbindung der inhaftierten Revolutionäre mit dem Klassenkampf erheblich einschränken kann. Denn abgesehen davon, daß kaum jemand, der plötzlich vor Gericht steht, sich im Paragraphenwald des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung auskennt, sind bestimmte zur Verteidigung notwendige Rechte wie die Akteneinsicht allein auf die Rechtsanwälte beschränkt.

Es wäre eine Illusion zu glauben, daß die Bourgeoisie diese Angriffe auf die fortschrittlichen Rechtsanwälte auf die Verteidiger der der Mitgliedschaft in der RAF angeklagten Genossen beschränkt, weil sie im Kampf gegen die Anwendung der Isolationsfolter eine wichtige Rolle gespielt haben. Bereits im Kölner Kommunistenprozeß wurden den Genossen Zwangsanwälte zudiktiert. Rechtsanwalt Groenewold, dem ebenfalls schon mit dem Ausschluß von der Verteidigung gedroht wurde, hat gleichzeitig Mandate in verschiedenen Verfahren wegen der Ermordung des Genossen Günter Routhier. **Für die Bourgeoisie ist die Verfolgung der fortschrittlichen Rechtsanwälte Teil des Justizterrors gegen Kommunisten und andere Revolutionäre. Deshalb muß die Solidarität mit den fortschrittlichen Rechtsanwälten Teil unseres Kampfes gegen die politische Unterdrückung, Teil des Kampfes gegen die bürgerliche Klassenjustiz sein.**

Korrespondenzen

OLDENBURG

Unter dem fadenscheinigen Vorwand, ich sollte dem Staatsapparat ein Alibi für die Zeit um die Entführung von Peter Lorenz geben, wurde ich am 7. 3. morgens zum Spieß gerufen. Zwei Kriminalbeamte erklärten, sie kämen auf Veranlassung des Landeskriminalamtes, um Leute, die auf einer schwarzen Liste (!) zusammengestellt seien, nach ihrem Alibi zu befragen. Außerdem sollte ich noch meinen Paß und eventuellen Führerschein vorlegen, damit Fälschungen bzw. eine Fahrt nach Westberlin festgestellt werden könnten. Es sollten Fragen gestellt werden, wo ich den Abend vor der Tat sowie die Tatzeit verbracht hätte. Aber ich sagte von vornherein, daß ich keinerlei Aussagen machen würde. Die Polizisten versuchten dann, mich einzuwickeln, indem sie meinten, daß ich ja ein „reines Gewissen" hätte, nichts zu befürchten brauchte und deshalb die Fragen ruhig beantworten könne. Doch darauf fiel ich nicht herein. Wie recht ich hatte, zeigte sich, als sie zu drohen begannen, daß sie dann in der Batterie (Kaserne) Ermittlungen und Nachforschungen anstellen würden, die gesetzliche Möglichkeit dazu hätten sie. Mit diesen Drohungen hatten sie aber auch keinen Erfolg.

Doch damit nicht genug. Als ich am Abend nach Hause ins Wochenende fuhr, empfingen mich meine Eltern ziemlich aufgeregt. Bei ihnen war die Polizei auch gewesen und hatte versucht, sie gegen mich aufzuhetzen und sie einzuschüchtern. Meine Mutter hatte ihnen aber keine Auskunft über mich gegeben.

Ein Genosse aus Wilhelmshaven, z. Z. Oldenburg.

FRANKFURT

Ich arbeite schon seit einiger Zeit in einem Krankenhaus im Raum Frankfurt. Auf unserer Station lag eine Rentnerin, die am Oberschenkel operiert worden war. Diese Operation war keinesfalls gefährlich. Durch ihr Alter und durch die Operation war diese Frau in ihrer Bewegung eingeschränkt. Besonders in dieser Situation besteht bei solchen Patienten die Gefahr eines starken Wundliegens. Das Wundliegen kann durch gute und ausreichende Pflege, z. B. stündliches Umlagern, verhindert werden. Doch diese Pflege konnte nur mangelhaft durchgeführt werden, weil zu wenig Personal da war. So kam es, daß diese Frau erst rote Stellen bekam, dann Blasen und zum Schluß eine offene Wunde, die sich immer mehr ins Fleisch fraß, bis man das Steißbein sehen konnte und in das entstandene faulende Loch mindestens drei Fäuste paßten. Schließlich starb die Frau. Als Todesursache wurde jedoch nicht Wundliegen angegeben, sondern Folgen der Operation.

Das Beispiel dieser Frau zeigt, daß alte Leute, die für die Kapitalisten ausgedient haben und nicht genügend Geld haben, von unserem Gesundheitssystem wie der letzte Dreck behandelt werden. Weil ausreichende ärztliche Versorgung und Pflege dem kapitalistischen Staat zu teuer sind, läßt man sie wie diese alte Frau eiskalt krepieren und vertuscht das Ganze mit der Angabe einer falschen Todesursache.

Liebe Genossen!

Ein Thema wurde im ROTEN MORGEN in der letzten Zeit weitgehend ausgeklammert – die Steuerreform. Aber gerade die Steuerreform zeigt den Charakter dieses Systems, zeigt, für wen die Regierung arbeitet.

Ein Steuerbeamter sagte vor kurzem erst: „Wenn der Mann auf der Straße wüßte, was ich hier aus Steuerakten weiß – wir hätten längst die Revolution."

Es fängt ganz klein an: Jeder Arbeiter zahlt Lohnsteuer, diese wird automatisch einbehalten und ans Finanzamt abgeführt. Die Kapitalisten aber und eine Reihe Selbständiger zahlt Einkommenssteuer, diese wird nach den Angaben des Zahlers selbst berechnet.

Lohnsteuer wird sofort bezahlt, bei der Einkommenssteuer wird eine Vorauszahlung geleistet, der dann meistens ein bis 1 1/2 Jahre später eine Nachzahlung folgt. Ein Unternehmer, der nach 1 1/2 Jahren 200 000 DM Steuern nachzahlen muß, hat also vom Staat ein zinsloses Darlehen erhalten und hat über 25 000 DM Zinsen gespart.

Lohnsteuerzahler werden sofort und lückenlos erfaßt. Betriebsprüfungen dagegen finden alle heilige Zeit statt. 1969 wurden in Baden-Württemberg von 341 422 Betrieben lediglich 12 628 geprüft, das ist ein Turnus von 30 Jahren. In Kiel werden Großbetriebe alle 3,3 Jahre, in Köln alle 5,7 Jahre, Mittelbetriebe in Nürnberg alle 15 Jahre und Kleinbetriebe alle 95 Jahre geprüft.

Diese Beispiele zeigen ganz deutlich, wessen Staat das ist, in dem wir leben. Ein Staat der Kapitalisten. Selbst wenn ein Unternehmer vollkommen legal arbeitet und auf dem „Boden des Grundgesetzes", wird er immer reicher, während uns das Wasser immer mehr abgegraben wird.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WÜRZBURG

Genosse Eberhard P. und Gerhard Sch., presserechtlich Verantwortlicher der „Roten Lehrlingsfront" in Würzburg, erhielten jetzt Strafbefehle über je 900 DM, weil in der Nr. 5 dieser Zeitung durch den Bericht über die Ermordung des Genossen Günter angeblich die Bundesrepublik beschimpft worden ist.

WESTBERLIN

Die politischen Gefangenen Irene Goergens, Brigitte Asdonk, Annerose Reiche und Monika Berberich, in einem Prozeß zu Haftstrafen zwischen 7 und 12 Jahren verurteilt, sollen jetzt erneut wegen angeblicher Beleidigung, Widerstandes, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Gefangenenmeuterei verurteilt werden. Alle vier wurden gleich am ersten Tag der Verhandlung aus dem Prozeß ausgeschlossen.

HAMBURG

In Hamburg begann vor kurzem der Prozeß gegen die politischen Gefangenen Debus, Stahl, Ludwig und Wieland. Die „Sicherheitsvorkehrungen" des Polizeiapparats sind in Hamburg bisher ohne Beispiel. Schon Wochen vorher wurden Teile des Gerichtsgebäudes durch Mauern auf Fluren usw. systematisch abgeriegelt. Im angrenzenden Park patroullieren Polizisten mit MPs und frei herumlaufenden scharfen Hunden. Entsprechende Hinweise verbieten das Betreten des Parks. Um in den Zuhörerraum zu gelangen, muß man an mehreren Peterwagen vorbei. Durch eine Stahltür wird man erst nach einiger Zeit einzeln hineingelassen. Jeder Zuschauer muß seinen Ausweis vorübergehend abgeben und sich durchsuchen lassen. Entlang den Treppen zum Zuschauerraum stehen auf jedem Absatz zwei Polizisten mit MPs, die die heraufkommenden Zuschauer jeweils an den nächsten Posten weitergeben. Im Gerichtssaal selbst trennt eine 2 m hohe Glasscheibe den Zuschauerraum vom Verhandlungsraum. Schon diese Maßnahmen allein zeigen, in wessen Namen hier Recht gesprochen werden soll. Im Namen der herrschenden Klasse, die den Protest des Volkes fürchten muß.

BREMEN

Genosse Gustav T. hatte vor einiger Zeit einen Strafbefehl über 500 DM wegen „Widerstandes" und „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" bekommen, weil er am Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter teilgenommen hatte. Am 29. 11. 74 sollte der Prozeß stattfinden. Das Gericht nutzte die Tatsache, daß Genosse Gustav und sein Anwalt an diesem Tag erkrankt waren, um in ihrer Abwesenheit einfach den Strafbefehl zu bestätigen. Das Gericht behauptete einfach, Genosse Günter sei nicht krank gewesen und lehnte aus diesem Grund auch seinen Antrag auf Einsetzung in den vorherigen Stand ab. Daß er „unentschuldigt gefehlt" habe, sollte dadurch bewiesen werden, daß ein Polizeioberrat zu seiner Wohnung in Bremen gefahren sei und ohne Erfolg jede Klingel am Haus betätigt habe. Daß Genosse Gustav schon bei seiner telephonischen Krankmeldung erklärt hatte, daß er an diesem Tag nicht zu Hause sei, störte das Gericht dabei genauso wenig wie das vorgelegte ärztliche Attest.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Dein Wahlentscheid: KPD/ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/ MARXISTEN-LENINISTEN

Auszug aus unserem Faltblatt zur Wahl

Als die Bosse der D„K"P 1968 ihre Zulassung als Partei von der Bundesregierung erbettelten, ergriffen Revolutionäre der alten KPD das rote Banner Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns und rissen es aus dem Staub, in den es die Verräter wie Bachmann, Mies u. a. getreten hatten. Sie gründeten die KPD/ML, die Fortsetzerin der revolutionären Tradition unserer alten KPD. Natürlich spuckten die Herren in Bonn Gift und Galle, daß damit ihr Versuch, sich eine eigene „kommunistische"Partei zuzulegen, in die Hose gegangen war. Sie und ihre D„K"P-Handlanger fielen mit übelsten Lügen und Verleumdungen über uns her. Nannten uns, die Arbeiter und Angestellte sind wie Ihr, Chaoten, Maoten oder sonstwas. Warum?

Weil wir unbestechlich sind! Keine „Arbeitervertreter" im Frack, durch Aufsichtsratsposten und hohe Gehälter bestochene SPD- und Gewerkschaftsbonzen oder von Honecker bezahlte D„K"P-Funktionäre.

Weil wir keine Chaoten sind! Sondern weil wir das Chaos der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Krisen und Kriegen, in dem wir nicht wissen, ob wir morgen noch Arbeit haben, ob unsere Kinder nicht wieder Opfer neuer Kriege werden, beseitigen wollen.

Weil wir für Ordnung sind! Eine sozialistische Ordnung ohne Krisen und Inflation, mit stabilen Preisen und Löhnen. In einem Land, in dem man wieder in unverseuchten Seen und Flüssen baden kann und keine verpestete Luft zu atmen braucht, in dem man wieder, ohne Angst vor einem Überfall zu haben, nachts durch menschenleere Parks gehen kann.

Weil wir Kommunisten sind! Treu und opferbereit unserem Volk, unserer Klasse ergeben. Keine Typen vom Schlage der neuen Zaren im Kreml, die die Sowjetunion in ein kapitalistisches Land, in eine Diktatur nach der Art Hitlers verwandelt haben, daß seine Satelliten wie die DDR ausbeutet und unterdrückt.

Weil wir Deutsche sind! Keine Lakaien und Handlanger der Herren in Moskau und Washington. Weil wir ein Deutschland wollen, in dem weder die Krupp und Thyssen noch die Honecker und Stoph, sondern die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen die Macht ausübt.

Solch ein Deutschland, das allerdings sagen wir Euch klipp und klar, läßt sich nicht über den Stimmzettel erreichen, sondern nur durch die sozialistische Revolution. Deshalb entblöden wir uns auch nicht wie die D„K"P oder die Studentenpartei, die sich hochstaplerisch „KPD" nennt und Euch als Führer Typen wie Hasch-Kommune Nr. 1-Mitglied Kunzelmann präsentiert, Euch zig Versprechen zu machen.

Wir versprechen Euch nichts! Gebt Ihr uns Eure Stimme, so heißt das: Ich weiß, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann und daß der Weg dahin nicht leicht sein wird.

..und der Kommentar der "Roten Fahne"

„Wie sieht ihre Wahlpropaganda aus? Unmittelbar nach der reaktionären Hetzkampagne der Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung verteilten die Aust-Leute an einigen Stellen in NRW ein Wahlprogramm.

Dies ist ein bemerkenswertes Dokument. In einer Situation, in der Polizeiüberfälle, Hausdurchsuchungen und andere reaktionäre Übergriffe des kapitalistischen Staatsapparates an der Tagesordnung sind, hält die KPD/ML es nicht für nötig, auch nur ein Wort zu diesen reaktionären Übergriffen zu sagen. Im Gegenteil – Fragen der ‚Inneren Sicherheit' und Schutz ‚vor kriminellen Übergriffen' werden im Stil der bürgerlichen Mobilisierung an die reaktionärsten kleinbürgerlichen Instinkte aufgegriffen:

‚Weil wir für Ordnung sind' und ‚weil wir Deutsche sind!' lauten die Überschriften. Es kommt noch schlimmer. Im Stil eines ZDF-Löwenthals und anderer übler Einpeitscher der schwärzesten Reaktion wird folgender Zusammenhang konstruiert. Die Aust-Gruppe verspricht, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung ‚ohne Angst vor einem Überfall zu haben, nachts durch menschenleere Parks gehen kann... Deshalb entblöden wir uns nicht, wie die DKP oder die Studentenpartei, die sich hochstaplerisch ‚KPD' nennt und Euch als Führer Typen wie Hasch-Kommune Nr. 1 Mitglied Kunzelmann präsentiert...!!!"

Und gegen Ende des Artikels:

„Es ist auch nicht verwunderlich, daß das Wahlprogramm der KPD/ML-Roter Morgen für NRW sich nicht an die klassenbewußten Arbeiter wendet, sondern unter Verwendung eines reaktionären Ordnungsbegriffs und durch die widerliche Diffamierung eines politischen Gefangenen hofft, kleinbürgerlich reaktionäres Wählerpotential zu mobilisieren." (Rote Fahne Nr. 10/75)

Antikommunistische Hetze der GRF-Führer

Zweifellos hat der Ausgang der Wahlen in Westberlin bei vielen GRF-Mitgliedern Enttäuschung, Ernüchterung und Kritik hervorgerufen. Mit 10 000 Stimmen haben gerade doppelt so viel Westberliner für die GRF gestimmt als normalerweise bei größeren Demonstrationen in ihren Reihen marschieren. Bei dem „elend schlecht" (Rote Fahne) geführten Wahlkampf der Partei in Hamburg war das Verhältnis dagegen immerhin ungefähr 10:1. Statt aber nun zu untersuchen, worin der geringe Erfolg der Wahlen in Westberlin begründet war und auf die Kritik der Partei mit ideologischen Argumenten einzugehen, flüchten sich die GRF-Führer in einen Schwall von Verleumdungen und Beschimpfungen.

Mit der Titulierung der Partei als „Helden des ‚Wahlboykotts' " versuchen sie in diesem Artikel jede Kritik der Partei von vornherein als unqualifiziert abzuwimmeln. Man wird nun allerdings keine einzige Stellungnahme der Partei finden, in der die GRF vom „Standpunkt der Nichtbeteiligung an den Wahlen" kritisiert wird. Der marxistisch-leninistische Standpunkt der Partei zu den Wahlen ist der, daß es ihre erste Aufgabe ist, egal in welcher Form sie sich an den Wahlen beteiligt, den Parlamentarismus zu bekämpfen, die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen und dabei nicht in die Falle der Legalität zu tappen. So führte die Partei auch den Wahlkampf bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, bei denen die GRF zum Wahlboykott aufrief und die Stellschilder unserer Partei zerstörte.

Wer „aus Prinzip" an den Wahlen mit eigener Kandidatur teilnimmt, ist die GRF. In ihrer Selbstkritik nach der Hamburger Bürgerschaftswahl heißt es: „Unsere Aufforderung: Stimmt ungültig! konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Daraus müssen wir schließen, daß auch diejenigen, die nicht für die bürgerlichen Parteien stimmen wollten oder stimmten, eine wählbare Alternative forderten." **Was sich also hinter dem Standpunkt der GRF-Führer zur Wahlbeteiligung verbirgt, ist also nichts als blanker Reformismus, wie er sich dann bei den Wahlen in Bayern, Hessen und Westberlin in voller Blüte gezeigt hat, wo die GRF-Führer parlamentarische Illusionen schürten und nach der Manier eines bürgerlichen Wahlvereins einen Großteil ihrer Organisation der Bourgeoisie preisgaben.**

Versuchten die GRF-Führer die Trennungslinie zwischen Reformismus und Marxismus-Leninismus bei den Wahlen in Hamburg, Bayern, Hessen und Westberlin durch die von ihnen konstruierte Alternative Wahlbeteiligung oder Wahlboykott zu verwischen, so stoßen sie damit in NRW auf gewisse Schwierigkeiten, weil hier zum ersten Mal sowohl die Partei als auch die GRF kandidieren und damit jeder die Möglichkeit hat, Vergleiche anzustellen und sich ein Urteil zu bilden.

So verträgt es sich hier natürlich schlecht mit der Definition „Helden des ‚Wahlboykotts' ", daß beispielsweise allein an einem Wochenende in vier Städten 500 000 Exemplare eines Faltblattes mit dem Titel „Dein Wahlentscheid – KPD/ML" gesteckt wurden. Anstatt nun aber endlich einmal auf die Kritiken der Partei einzugehen und ihre Haltung zum Parlamentarismus anhand der Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu überprüfen, greifen die GRF-Führer zur bewährten Waffe des Lumpenjournalismus. Zur besseren Veranschaulichung der Methoden, mit denen die GRF-Führer vorgehen, haben wir den entsprechenden Auszug des Textes des Faltblattes und den Kommentar der GRF-Führer nebenstehend abgedruckt. Diese Methode, die Propaganda des Marxismus-Leninismus fortzulassen und anhand von einzelnen Wörtern die Partei als „reaktionär" hinzustellen, ist nicht neu. Sie ist uns aus dem bürgerlichen Blätterwald, insbesondere aus seinen revisionistischen Abteilungen, bekannt. Schon allein diese Methode, mit der die GRF-Führer vorgehen, entlarvt sie als Feinde des Marxismus-Leninismus.

Darüber hinaus zeigen selbst die wenigen Worte, die sie sich aus dem Faltblatt zu zitieren getrauen, woher bei ihnen der Wind weht. Daß wir in diesem Faltblatt geschrieben haben: „Weil wir Deutsche sind . . .", ruft bei diesen Herren Schreie der Empörung hervor. „Bürgerliche Mobilisierung von ‚reaktionärsten kleinbürgerlichen Instinkten' ", toben sie. **Diese Abscheu allem Deutschen gegenüber ist nicht unbekannt. Er wird seit Jahrzehnten von denjenigen gepredigt, die – wie Mitscherlich, Marcuse usw. – dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterklasse die Schuld am Faschismus in die Schuhe schieben und sich deshalb „schämen", Deutsche zu sein. Es ist der Standpunkt von bornierten Kleinbürgern, die meist im selben Atemzug dem US-Imperialismus danken, für die „Demokratie", die er dem deutschen Volk nach dem 2. Weltkrieg beschert hat.** Es bleibt den GRF-Führern überlassen, zu erklären, wie sie als „KPD" die Revolution in Westdeutschland machen, die nationalen Interessen des deutschen Volkes gegen die Supermächte verteidigen und für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes auf revolutionärer Grundlage kämpfen wollen, wenn nicht mit der deutschen Arbeiterklasse.

Daß die GRF-Führer von der reaktionären, bornierten Haltung eines Marcuse u. a. nicht weit entfernt sind, zeigt die Analyse, die sie in der RF Nr. 9/75 über die Westberliner Wahlen liefern. Dort heißt es: „Der Ausgang der Wahlen in Westberlin bestätigt, daß die Entführungsaktion in erster Linie der CDU zugute kam. (. . .) Es ist zu erwarten, daß die neue SPD/FDP-Koalition, an deren Spitze Schütz und Neubauer bleiben, in den kommenden Wochen und Monaten mit neuen Formen der politischen Unterdrückung versuchen wird, das verlorene Ansehen wiederzugewinnen." **Das ist nun wirklich eine „Analyse", wie sie sich fast wörtlich in der UZ wiederfindet; eine „Analyse", die im Kern nichts anderes heißt, als daß die Massen aus Angst vor der revolutionären Gewalt den Faschismus wollen.**

Die GRF-Führer werfen der Partei in der RF Nr. 10 vor, sie tue Mahler unrecht, wenn sie anprangere, er behaupte, daß der individuelle Terror den Faschismus provoziere. Die Einschätzung der Wahlen in Westberlin scheint uns allerdings zu bestätigen, daß dies und nichts anderes die Theorie der GRF-Führer ist.

Ebenfalls verleumdet fühlen sich die GRF-Führer, weil im Faltblatt der KPD/ML ihr Kandidat Kunzelmann als Mitglied der Hasch-Kommune Nr. 1 bezeichnet worden ist. Zu einer Selbstkritik Kunzelmanns aber fühlen sie sich nach wie vor nicht veranlaßt. Solange aber eine solche Selbstkritik nicht erfolgt, bleibt uns nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß die GRF-Führer nicht nur die Mitgliedschaft Kunzelmanns in der Kommune 1, sondern auch andere Beispiele seines „revolutionären Wirkens" für vereinbar mit der Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Partei halten, wie zum Beispiel die Tatsache, daß Kunzelmann 1968 als Mitglied des SDS an sämtliche ihm bekannte Mitglieder der illegalen KPD Briefe verschickte mit der Aufschrift „An die KPD-Sau . . .", oder daß er sich mit (wahrscheinlich gut honorierten) Nacktphotos im „Spiegel" profilierte.

Die GRF-Führer werden erleben, daß dieser „große Schlag", mit dem sie in diesem Artikel gegen die KPD/ML ausgeholt haben, zu einem Schlag ins Wasser wird. Kein ehrlicher Revolutionär, selbst wenn er mit der Linie unserer Partei nicht vollständig übereinstimmt, wird diesen durch und durch antikommunistischen Hetzartikel billigen. Was die GRF-Führer selbst angeht, so können wir ihnen versichern, daß wir nicht daran denken, sie zu unserem Hauptfeind zu erklären. Daß sie zu dieser Einschätzung kommen, liegt nicht an uns, sondern an ihrer eigenen Angst vor dem Marxismus-Leninismus, den inzwischen auch immer mehr revolutionäre Mitglieder der GRF von ihren Führern mit Füßen getreten sehen.

"K"B-Führer zum Straußbesuch in der VR-China

Trotzkistische Hetze gegen die VR-China

Der hauptsächlich in Hamburg aktive sogenannte „Kommunistische" Bund, der schon seit langem eine antikommunistische Hetzkampagne gegen die Volksrepublik China betreibt, hat den Strauß-Besuch in der VR China zum Anlaß genommen, diesen antikommunistischen Feldzug zu intensivieren. In einer Sondernummer ihrer Zeitung „Arbeiterkampf" veröffentlichten die trotzkistischen „K"B-Führer einen an unsere Partei und einige sich marxistisch-leninistisch nennende Organisationen gerichteten „offenen Brief", mit dem sie das alte trotzkistische Ziel verfolgen, einen Keil zwischen die revolutionäre Arbeiterbewegung und das sozialistische China zu treiben.

Es ist an dieser Stelle leider nicht möglich, auf alle Angriffe der „K"B-Führer gegen die VR China und die marxistisch-leninistische Weltbewegung einzugehen. Die Außenpolitik der VR China wird als „Lumperei", als „säuisch" und als „zum Kotzen" beschimpft. Unserer Partei und unserer tapfer in der Illegalität kämpfenden französischen Bruderpartei wird „Sozialchauvinismus" vorgeworfen. Führende Genossen der KP Chinas werden ebenso wie der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, als „revisionistische Realpolitiker" und Gefolgleute Chruschtschows verleumdet. Dagegen entblöden sich die „K"B-Führer, die sonst in allen Fragen eine durch und durch rechte Politik verfolgen, nicht als „Superlinke" aufzutreten, als „Verteidiger der Inhalte der Kulturrevolution", die angeblich von Teilen der Führung der KP Chinas verraten worden sei.

In Bezug auf die Außenpolitik der Volksrepublik China behaupten die Hamburger Trotzkisten-Häuptlinge, die VR-China würde unter dem Namen des „Kampfes gegen die beiden Supermächte" in Wirklichkeit eine Politik des Bündnisses mit dem Imperialismus, der Stärkung der westeuropäischen Imperialisten betreiben. Folgerichtig unterstellen sie unserer Partei, die – wie sie ganz richtig feststellen – die Außenpolitik der VR China konsequent unterstützt, eine sozialchauvinistische Position der „Vaterlandsverteidigung", der „Unterstützung des eigenen Imperialismus gegenüber den beiden Supermächten". Insbesondere der Strauß-Besuch in China muß den „K"B-Führern als „Beweis" herhalten, daß die chinesischen Genossen das Bündnis mit dem „aggressiven und revanchistischen Imperialismus" suchen. So heißt es in dem „offenen Brief": „Die Haltung der VR China gegenüber Reaktionären wie Strauß... erweckt den Anschein von Kumpanei mit dem Imperialismus."

Einerseits reden die „K"B-Führer viel von der „Ausnutzung zwischenimperialistischer Widersprüche." Strauß verleiht den Widersprüchen des westdeutschen Imperialismus zum sowjetischen Sozialimperialismus lautstark Ausdruck. Er streicht darum die besondere Aggressivität des sowjetischen Sozialimperialismus heraus. Die chinesischen Genossen nutzen diese Widersprüche aus und erklären, die Wachsamkeit gegenüber der Sowjetunion und die Einsicht in ihre Aggressivität für positiv gegenüber der anderen Strömung in der Außenpolitik des westdeutschen Imperialismus, die durch Abmachungen und Verträge mit den SU-Imperialisten darauf hinaus läuft, den Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus in Westeuropa zu stärken. Die „K"B-Führer lamentieren nun, daß Strauß ja nicht „ehrlich" Widersprüche zum sowjetischen Imperialismus hat, sondern nur die Interessen des westdeutschen Imperialismus wahren will. Mit anderen Worten, ein zwischenimperialistischer Widerspruch darf nur dann ausgenützt werden, wenn ein imperialistischer Staat sich auf die Seite der Völker stellt. **Die „K"B-Führer, die mit viel List den Eindruck erwecken wollen, die Kennzeichnung der Haltung von Strauß gegenüber der Aggressivität des SU-Imperialismus als „wachsam" und „einsichtig" durch die chinesischen Genossen habe etwas mit der revisionistischen Theorie vom „vernünftig gewordenen Imperialismus" zu tun, müssen sich den Schuh schon selbst anziehen: sie bringen den „vernünftigen" Imperialismus, der nicht aufgrund seiner imperialistischen Interessen handelt, ins Spiel.**

So nennen sie als einen zwischenimperialistischen Widerspruch, der ihrer Ansicht nach leider „rundum geleugnet" wird, den Widerspruch zwischen Strauß und Schmidt. In Wirklichkeit wird dieser Widerspruch keineswegs „rundum geleugnet", sondern gerade von den modernen Revisionisten breit ausgewalzt. Demnach vertritt Schmidt als Repräsentant der SPD den vernünftigen Teil der Monopolbourgeoisie, während Strauß angeblich das von den modernen Revisionisten erfundene aggressive und revanchistische „Rechtskartell" vertreten soll. Diese revisionistische „Theorie" soll davon ablenken, daß der Imperialismus insgesamt aggressiv ist und daß die Hauptgefahr für eine neue faschistische Diktatur vom imperialistischen Staatsapparat selbst ausgeht. Die „Ausnutzung zwischenimperialistischer Widersprüche" ist offenbar nach dem Geschmack der „K"B-Führer.

Wirklich „zum Kotzen" aber wird die Kumpanei der „K"B-Führer mit dem modernen Revisionismus, wenn es darum geht, den sowjetischen Sozialimperialismus gegen die Angriffe der Volksrepublik China in Schutz zu nehmen. Selbstverständlich strebt der sowjetische Sozialimperialismus nach Ansicht der „K"B-Führer keineswegs nach Weltherrschaft, er will nicht nach Westeuropa eindringen, rüstet nicht auf, baut keine Militärstützpunkte usw. usf. – er ist nach Ansicht der „K"B-Führer im Gegensatz zum westdeutschen Imperialismus absolut friedlich. Und damit wird auch so langsam klar, wo bei den „K"B-Führern der Hase im Pfeffer liegt. Sie, die dreist genug sind, gegen die „trotzkistische Schützenhilfe für den Revisionismus" zu wettern, betreiben eben dieses trotzkistische Geschäft.

Von Anfang an hat diese Organisation, ohne sich offen zur Fahne des Trotzkismus zu bekennen, dem trotzkistischen Ziel der Spaltung und Verwirrung der revolutionären Arbeiterbewegung gedient. Mit allen Kräften haben sie versucht, den klaren Trennungsstrich zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus zu verwischen, weil der Revisionismus stets der natürliche Bündnispartner des Trotzkismus war. Ihre Angriffe auf Stalin und auf die sozialistischen Länder tragen ebenso die trotzkistische Handschrift wie ihre Hetze gegen unsere Partei.

Ihr erbitterter Kampf gegen die von der gesamten marxistisch-leninistischen Weltbewegung propagierten Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen die Supermächte ist die konsequente Fortsetzung der bekannten trotzkistischen Anstrengungen, die Einheit der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden Völker und der sozialistischen Länder zu sabotieren. Ihre Angriffe gegen die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution, sind in Wirklichkeit Angriffe gegen die proletarische Revolution.

In der gegenwärtigen Lage ist es nämlich in keinem kapitalistischen Land möglich, daß das Proletariat in der Revolution siegt, ohne gleichzeitig einen schonungslosen Kampf gegen die beiden Supermächte zu führen. Schon Marx und Engels haben darauf hingewiesen, daß die proletarische Revolution ihrer Form nach

Fortsetzung auf Seite 10

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Vietnam

Überfälle auf befreite Gebiete werden bestraft

Im Kampf für die Einhaltung des Pariser Abkommens hat das vietnamesische Volk in den letzten Wochen große Erfolge errungen. Die Saigoner Thieu-Clique wurde für ihre ständigen Überfälle und Angriffe auf die befreiten Gebiete, die der provisorischen Revolutionsregierung unterstehen, gehörig bestraft.

Nicht nur, daß die US-Imperialisten und ihre Marionette Thieu nicht im geringsten daran denken, die im Pariser Abkommen festgelegten Maßnahmen, wie freie Wahlen usw. durchzuführen, sondern sie versuchen mit ständigen Überfällen und größeren Angriffen die im Pariser Abkommen festgelegte vorläufige Gebietsaufteilung zu verändern, um auf diesem Weg ihre faschistische Unterdrückerherrschaft wieder auszuweiten und die Position des US-Aggressors erneut zu stärken und die befreiten Gebiete zu verringern.

Begleitet wird diese Aggression der Thieu-Clique und ihrer Herren in Washington durch lautes Geschrei der gesamten imperialistischen Presse. Auch in Westdeutschland schreien Presse, Fernsehen und Rundfunk, daß „nordvietnamesische Truppen in die Gebiete der Thieu-Regierung eindringen" würden. Ziel dieser Propaganda ist es, Verwirrung zu stiften sowie einem erneuten Angriff auf die Demokratische Republik Vietnam, der Wiederaufnahme der Bombardierung durch US-Bomber sowie einem offenen Angriff gegen die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam den Boden zu bereiten.

Tatsache ist, daß die Befreiungsstreitkräfte im Süden des Landes dort gegen die Thieu-Truppen vorgehen, wo diese die schon befreiten Gebiete besetzt haben. Tatsache ist auch, daß gegen die Zentren des Feindes, von denen aus ständig Aggressionen gegen die befreiten Gebiete erfolgen, vorgegangen wird und der Feind empfindlich bestraft wird. Immer wieder hat die Provisorische Revolutionsregierung die Thieu-Clique und ihre Herren in Washington gewarnt, ihre Aggressionen einzustellen und das Pariser Abkommen einzuhalten. Aber die US-Imperialisten sowie ihr Marionettenregime in Saigon sind entschlossen, ihre Verbrechen fortzusetzen, das Pariser Abkommen zu nutzen, um mit dem unverfrorenen Ruf „Haltet den Dieb" sich gewaltsam die befreiten Gebiete Stück für Stück wieder einzuverleiben. Doch die verbrecherischen Absichten und Wünsche der Thieu-Clique und ihrer Herren in Washington und die Wirklichkeit sind zweierlei. Jeder Angriff auf befreites Gebiet wurde von der Volksbefreiungsarmee entschieden zurückgeschlagen und bestraft.

So wurden bei der Niederschlagung der feindlichen Angriffe in der Provinz Quang Da und Quang Ngai in der Zeit 14. bis 20. Februar mehr als 400 Soldaten der Thieu-Bande außer Gefecht gesetzt und drei Militärfahrzeuge zerstört. Im Quang Tri-Gebiet wurden zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen. Am 19. Februar gelang es den regionalen Streitkräften und den Guerilla-Truppen der Revolutionsregierung in der Provinz Soc Trang einen Schiffskonvoi der Thieu-Clique abzufangen, drei Schiffe zu versenken und 20 andere, die mit Militärausrüstungen beladen waren, zu erobern. Auch in der Provinz Bien Hoa, Tay Ninh und vielen anderen gelang es der Befreiungsarmee die Angriffe und Überfälle entschieden zurückgeschlagen und den Thieu-Truppen erhebliche Niederlagen beizubringen.

Die Revolutionsregierung der Republik Südvietnam und die Demokratische Republik Vietnam haben seit der Unterzeichnung gezeigt, daß sie bereit sind, das Pariser Abkommen einzuhalten. Aber sie werden es niemals hinnehmen, daß die US-Imperialisten mit samt ihrer Thieu-Clique den Waffenstillstand nutzt, um die Erfolge des vietnamesischen Volkes, die es in jahrelangem opferreichen Kampf gegen den US-Imperialismus errungen hat, wieder zunichte zu machen.

Kambodscha

Die Tage Lon Nols sind gezählt

Als die US-Imperialisten vor einigen Wochen die Luftbrücke nach Phnom Penh einrichteten, hofften sie, damit den siegreichen Vormarsch der Volksstreitkräfte von Kambodscha stoppen zu können. Inzwischen droht auch diese letzte Verbindung Phnom Penhs nach außen endgültig abzureißen. In dieser Situation, wo die militärische Niederlage unausweichlich erscheint, versuchen die US-Imperialisten erneut, „Verhandlungen" als Weg zum Frieden zu propagieren.

Um vorzutäuschen, daß es ihnen ernst ist mit einem Frieden durch Verhandlungen, hat der amerikanische Kongreß erklärt, keiner weiteren Hilfe für Phnom Penh zuzustimmen. Darüber hinaus wissen auch die US-Imperialisten, daß jede weitere militärische Hilfe an die Lon Nol-Clique davon abhängig ist, wie weit es gelingt, die Luftbrücke über den Flughafen Pochentong aufrechtzuerhalten. Ein weiteres Manöver der US-Imperialisten, um Verhandlungen zwischen der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas und der Lon Nol-Clique herbeizuführen, ist ihre Forderung nach dem Rücktritt Lon Nols. Mit einer neugebildeten Regierung, der die vom Volk am meisten gehaßten Verräter nicht mehr angehören, hoffen die amerikanischen Imperialisten, Verhandlungen und die Bildung einer Koalitionsregierung erreichen und so ihre endgültige Niederlage in Kambodscha verhindern zu können.

Aber das kambodschanische Volk hat von jeher erklärt, daß es niemals mit den Verrätern von Phnom Penh in Verhandlungen eintreten wird. In einer Erklärung von Samdech Sihanouk vom 7. 3. 75 heißt es dazu, „daß die Lon Nol-Clique nichts als eine Marionette des US-Imperialismus ist, ohne eigenes Leben. Das ‚kambodschanische Problem' ist kein Problem zwischen Kambodschanern. Es ist das Problem zwischen dem angegriffenen kambodschanischen Volk und dem Aggressor USA."

Der vergangene Monat hat gezeigt, daß die Volksstreitkräfte Kambodschas die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionettentruppen immer mehr in die Enge treiben. Im Monat Februar wurden insgesamt 20 420 feindliche Soldaten außer Gefecht gesetzt, darunter 3 Generale. Tausende von Waffen und Tonnen von Munition wurden erobert, 43 Flugzeuge und 233 feindliche Kriegsschiffe versenkt. Der zivile Flugverkehr nach Phnom Penh wurde seit Anfang der Woche gestoppt und auch die US-Luftbrücke wurde am 5. 3. mindestens den ganzen Tag und sonst mehrere Stunden lang unterbrochen. In Phnom Penh selber wird die Lage durch die gestörte Elektrizitätsversorgung und die nicht mehr funktionierende Wasserversorgung immer schwieriger. Während die Lon Nol-Clique alles versucht, um auch die allerletzten Reserven, 12- und 13jährige Kinder, an die Front zu schicken, wächst der Widerstand der Bevölkerung gegen Hunger, politische Unterdrückung und Zwangsrekrutierung weiter an. **Der Kampf wendet sich immer klarer direkt gegen das amerikanische Marionettenregime.**

In dieser Situation, wo die Tage der Lon Nol-Clique und der amerikanischen Imperialisten in Kambodscha gezählt sind, ist es die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen, das mutige kambodschanische Volk zu unterstützen und sich für den sofortigen und bedingungslosen Abzug der US-Imperialisten aus Kambodscha einzusetzen.

Aus aller Welt

ITALIEN

Nach 8 Monaten Gefängnis konnte der Genosse der KPI/ML, Renzo Poli, freigekämpft werden. Genosse Renzo Poli war verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden, nachdem die antifaschistischen Massen Italiens ihre Arbeitsplätze verlassen und auf die Straße gegangen waren, um den faschistischen Bombenanschlag von Brescia entschieden zu verurteilen, bei dem mehrere Antifaschisten ermordet und verletzt worden waren. Die Verhaftung des Genossen Poli, die sich offensichtlich gegen den revolutionären Kampf der KPI/ML richtete, mußte die italienische Bourgeoisie nun aufgrund einer immer breiteren Bewegung für die Freilassung des Genossen wieder aufheben. Unermüdlich hatte die KPI/ML für die Freiheit des Genossen gekämpft. Seine Freilassung ist ein großartiger Erfolg der Partei im Kampf gegen die politische Unterdrückung.

VR CHINA

Der Vorsitzende der illegalen revolutionären Kommunistischen Partei Polens, Kazimierz Mijal, ist auf Einladung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu einem Besuch in die VR China gereist. Am Abend des 3. März hatte er in Peking eine herzliche Unterredung mit dem Genossen Yao Wen-Yuan, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Chinas.

INDIEN

Indiens Hauptstadt Delhi wurde dieser Tage wieder Schauplatz einer mächtigen Massendemonstration von 500 000 Einwohnern der Stadt. Gegen die Demonstration, die sich gegen Hunger und Elend der breiten Volksmassen sowie gegen die Maßnahmen der reaktionären indischen Regierung richtete, setzten die indischen Reaktionäre 20 000 Mann Militär ein.

Erklärung der Revolutionären KP-Chiles

„Vor neun Jahren, im Februar 1966, hielten die chilenischen Marxisten-Leninisten ihren ersten Parteitag ab, den Gründungsparteitag der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles. Bis zu diesem Jahr hatten die Marxisten-Leninisten hauptsächlich in der Gruppe ‚Spartacus' gearbeitet, die 1963 zur Zeit der internationalen Polemik gegen den Revisionismus entstanden war und einen harten Kampf gegen die revisionistische Linie der falschen ‚Kommunistischen' Partei Chiles führte.

Drei Jahre später bereitete die Spartacus-Bewegung zusammen mit der ‚Union der kommunistischen Rebellen des Nordens' den historischen Gründungsparteitag der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles vor.

In diesen neun Jahren ihres Bestehens hat sich die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles mit verschiedenen politischen Bedingungen auseinandergesetzt und bei der revolutionären Arbeit Fortschritte erzielt. Das Leben der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles ist geprägt vom ständigen Kampf zweier Linien sowohl bei der Massenarbeit als auch innerhalb der Partei.

In ihrer ideologischen wie politischen Arbeit und bei der Arbeit unter den Massen hat die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles seit ihrer Gründung einen harten Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt. Sie kämpfte gegen den christ-demokratischen Reformismus, der in Chile von 1964 bis 1970 regierte. Danach hielt sie als einzige Partei an der Alternative der revolutionären Volksfront fest und entlarvte den falschen ‚friedlichen Weg zum Sozialismus' der Unidad Popular, entlarvte von Anfang an die Verlogenheit dieses Weges und zeigte, daß der Reformismus ein Wegbereiter des Faschismus ist.

Während dieser Periode hat die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles mit aller Kraft die kämpferische Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der Volksinteressen gegen den Yankee-Imperialismus und gegen die Putschisten vorangetrieben. Jetzt nach dem faschistischen Putsch kämpft sie an der Spitze des Widerstandes gegen die Diktatur.

Innerhalb der Partei wurde der Kampf zwischen proletarischem und bürgerlichem Weg, zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus und jeglicher Spielart von Opportunismus von Anfang an gründlich geführt. Die revisionistischen, trotzkistischen, castristischen Tendenzen usw. wurden eine nach der anderen bekämpft und zerschlagen.

Im Klassenkampf, sowohl im Innern der Partei als auch im Feuer des Massenkampfes, wurde die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles zu einer wirklichen marxistisch-leninistischen Partei geschmiedet. Sie hat sich fester in der Arbeiterklasse verankert, hat ihren Einfluß unter der Bauernschaft, der Studentenbewegung, dem Kleinbürgertum und anderen Schichten des Volkes verstärken können.

Heute arbeitet die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität. Der faschistische Putsch brachte die schärfste Unterdrückung in der Geschichte des chilenischen Volkes. Aber das Volk läßt sich nicht einschüchtern und kämpft unermüdlich gegen die Militärdiktatur. An der Spitze der Widerstands-Komitees und der Volksfront treibt die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles die Volkskämpfe, Protestaktionen, Streiks, Bummelstreiks, Sabotageakte, illegale Propaganda und illegale Presse voran. Sie organisiert die Hinrichtung von Folterknechten, Agenten und Spitzeln und gibt darüber hinaus Impulse zu jedmöglichen Kampfmaßnahmen gegen die Diktatur.

Gerade in einer solchen Situation scharfer Unterdrückung und harten Kampfes werden die verschiedenen Parteien und Organisationen auf die Probe gestellt. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles hat in der Praxis bewiesen, daß sie eine revolutionäre proletarische Partei ist. Sowohl ihre führenden Kader als auch die einfachen Mitglieder der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles sind in Chile geblieben, wo sie der Unterdrückung Widerstand leisten und sich an die Spitze des Kampfes gestellt haben.

Weil die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles am Marxismus-Leninismus festhält, an der Anwendung einer korrekten politischen Linie und an der ernsthaften und kühnen Arbeit unter den Massen, wird sie weitere Fortschritte erzielen und an der Spitze des Proletariats und der breiten Volksmassen zweifellos den endgültigen Sieg erringen.

Santiago, Februar 1975 — Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles."

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 — 13.30	32 und 41 Meter
16.00 — 16.30	32 und 41 Meter
19.00 — 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 — 15.00	32 und 41 Meter
18.00 — 18.30	32 und 41 Meter
21.30 — 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 — 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 — 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



RADIO PEKING

im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer	26,2 Meter
jeweils	19.00 — 20.00 und 21.00 — 22.00 Uhr

32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Im Kampf zur Befreiung der Frau

Feministenbewegung kein Ausweg

Nach der Aufrechterhaltung des § 218 durch das Bundesverfassungsgericht fanden erneut in mehreren Städten der Bundesrepublik Demonstrationen gegen dieses Gesetz statt. So demonstrierten allein in Karlsruhe am Tag der Urteilsverkündung ca. 3 000 Demonstranten, meist Frauen.

Gerade bei dieser Demonstration zeigte sich aber auch, daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln versucht, den Kampf gegen den § 218 ins Fahrwasser der bürgerlichen feministischen Frauenbewegung zu lenken. Daß der § 218 vor allem die Frau diskriminiert und unterdrückt, daß für viele Frauen ihre Unterdrückung am deutlichsten im Bereich der Familie sichtbar wird, nutzt die Bourgeoisie aus, um den Mann als Hauptfeind der Frau hinzustellen. Diese bürgerliche Strömung, die auch den § 218 nicht als Klassenparagraphen, als Ergebnis der kapitalistischen Jagd nach dem Profit, sondern allein als Ergebnis von „frauenfeindlichen Richtern" (mit Bedacht ließ man die einzige Frau im Bundesverfassungsgericht gegen den § 218 stimmen), als Ergebnis einer „Männergesellschaft" sieht, reicht von der Parole „Mein Bauch gehört mir" bis hin zu der Propaganda für die Gründung einer „Partei der Frauen und Mütter".

In den Publikationen dieses „Frauenforums", das sich als Aufbauorganisation der „Partei der Frauen und Mütter" versteht, wird am deutlichsten, was Clara Zetkin in Bezug auf die bürgerliche Frauenbewegung sagte: **„Allein in der Praxis läuft die Verwirklichung frauenrechtlerischer Forderungen in der Hauptsache darauf hinaus, die kapitalistische Ordnung zugunsten der Frauen und Töchter der herrschenden Klasse zu reformieren."** Die Hauptparole dieses „Frauenforums" ist: „Frauen-Mütter-Feministen rein ins Parlament und in die Justiz!" Diese Parole entlarvt mehr als deutlich, woher der Wind weht. Statt der **Herren** Parlamentarier, die im Parlament das Volk betrügen und die Gesetze zu seiner Unterdrükkung verabschieden, sollen wir also jetzt Frauen als Volkszertreter wählen? Statt Herrn Brandt vielleicht Frau Brandt? Wem anders als diesen Frauen, die sich dann die Diäten einstreichen können, soll das nutzen? Und was hat die Arbeiterfrau davon, wenn nicht mehr ein Mann, sondern eine Frau Recht im Namen der Bourgeoisie spricht?

Wichtiger als die Vorherrschaft des Mannes, die sicher in allen Bereichen der Gesellschaft existiert, ist die Tatsache, daß Arbeiter wie Arbeiterinnen von den Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt werden. Heute sind bereits 10% der Kapitalisten Frauen. Soll die Frau, die als Arbeiterin, als Lohnsklavin in ihrem Betrieb arbeitet, etwa den Kampf um mehr Lohn, den Kampf gegen die Ausbeutung einstellen, nur weil es eine „Geschlechtsgenossin" ist, der sie ihre Arbeitskraft verkaufen muß? Oder anders herum, soll die Arbeiterin im Betrieb den Kampf gegen den männlichen Kollegen am Band aufnehmen, statt gegen die Frau in der Direktionsetage gemeinsam mit allen anderen zu kämpfen? Das hätten die Kapitalisten gerne. So meinte auch Anke Fuchs, die Frauenbeauftragte der IGM, jetzt im Jahr der Frau käme es darauf an, dafür zu sorgen, daß in der Krise nicht mehr zuerst die Frauen, sondern die gleiche Anzahl Frauen und Männer entlassen würden; Gleichberechtigung also als gleiches „Recht auf Ausbeutung" für Männer und Frauen.

So entlarvt sich die bürgerliche Gleichberechtigungsbewegung wie auch ihr „radikalster" Ableger, die Feministenbewegung, als der Versuch einiger bürgerlicher Elemente, sich auf dem Rücken der breiten Masse der werktätigen Frauen fester in den Sattel der Positionen zu schwingen, die die Bourgeoisie zu bieten hat. Die werktätigen Frauen haben weder mit ihrer Lage, noch mit ihren Zielen etwas gemein. Ihr Kampf kann nur Erfolg haben, wenn er sich gegen die Kapitalisten und ihren Staat richtet, der die Mehrheit unseres Volkes, Frauen wie Männer, zu Lohnsklaven macht und sie unterdrückt. Nur auf revolutionärem Weg kann auch der Kampf gegen den § 218 Erfolg haben.

Im Kampf zeigt sich denn auch sehr schnell, auf welcher Seite die Feministenführer stehen. Als in Karlsruhe bei der Demonstration gegen den § 218 rund 40 Personen einen Stand aufbauten und hetzten: „Wer Blut vergießt, dessen Blut soll vergossen werden", da waren die Genossen und Genossinnen der KPD/ML die einzigen, die versuchten, dieser faschistischen Propaganda ein Ende zu machen. Die führenden Damen der Frauengruppen dagegen waren es, die diesen Faschistenhaufen gewähren ließen und einen geschlossenen Kampf der Frauen dagegen verhinderten. Dieser konsequente Kampf der Partei trug mit dazu bei, daß während dieser Frauendemonstration 45 ROTE MORGEN verkauft werden konnten und viele Frauen mit den Genossen über die Notwendigkeit der Befreiung der Frau durch die proletarische Revolution diskutierten.

Als Antwort auf den Kampf der Massen

Revolutionäre Gewalt wird verteufelt

Am Mittwoch Abend, ausgerechnet zur Zeit des Fußballspiels England – Westdeutschland, gingen in Baden-Württemberg, in der Umgebung von Freiburg und am Kaiserstuhl die Lichter aus. Das Badenwerk, dessen Tochterfirma Kraftwerke Süd das Kernkraftwerk in Wyhl bauen will, hatte in diesem Raum den Strom abstellen lassen. Als Grund dafür wurde von der Polizei ein anonymer Anruf angegeben, bei dem gedroht worden sei, wenn nicht binnen einer halben Stunde der Strom in Freiburg und Umgebung abgedreht sei, würden mehrere Umspannwerke in die Luft fliegen.

Die bürgerliche Presse verbreitete die Polizeimeldung, dieser angebliche Anrufer habe sich als Mitglied der „Kommunistischen Partei Westdeutschlands" gemeldet. Offensichtlich soll also der Eindruck erweckt werden, als habe die Bevölkerung in Freiburg und am Kaiserstuhl gegen sie gerichtete „terroristische Akte" von Kommunisten zu befürchten. Das Badenwerk dagegen, wie könnte es anders sein, verzichtet ohne mit der Wimper zu zucken zwei Stunden lang auf seinen Profit, um die Bevölkerung vor dem „Terrorismus der Kommunisten" zu schützen.

Wenn dieser angedrohte Terroranschlag nicht überhaupt wie andere Gewaltdrohungen gegen das Volk in Baden-Württemberg (angebliche Bombendrohung in der Stuttgarter Innenstadt im Juni 72, angeblich von der RAF angedrohte Trinkwasserverseuchung in Stuttgart im letzten Jahr) direkt von der Bourgeoisie selber ausgeht, so ist auf jeden Fall offensichtlich, daß er genau in ihrem Interesse liegt. Zumal in Kürze die Entscheidung des Verwaltungsgerichts über den Bau des KKW in Wyhl und damit auch neue Kämpfe der Bevölkerung zu erwarten sind.

Der Zweck der Übung ist, den Kommunismus und die revolutionäre Gewalt bei den Wyhler Bauern und den anderen Werktätigen, die seit Wochen gegen den Bau des KKW kämpfen, zu verteufeln. Die Bevölkerung in Wyhl, die so deutlich erlebt, daß dieser Staat eine Diktatur der Bourgeoisie ist, hatte gezeigt, daß das werktätige Volk sich nicht endlos von der Bourgeoisie hinhalten und unterdrücken läßt, sondern sich mit dem Mittel der revolutionären Gewalt zur Wehr setzt. Schon bei diesen Kämpfen setzte die Bourgeoisie das Märchen von den „friedlichen" Wyhler Bürgern und den „eingereisten Chaoten und Terroristen" in die Welt. Um dieser Lügengeschichte Glauben zu verleihen, wurden zum Beispiel bei der ersten Besetzung gezielt französische Demonstranten und Bewohner aus Freiburg festgenommen. Ein Glied in dieser Kette ist der Rummel um den angeblichen Anschlag auf die Umspannwerke in dieser Gegend. Er zeigt, welchen Schrecken der Bourgeoisie der militante Kampf der Wyhler Bevölkerung eingejagt hat und wie sehr sie befürchtet, daß nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts die Weinbauern am Kaiserstuhl weiter mit revolutionärer Gewalt um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen werden, daß ein solches Manöver von ihr inszeniert oder zumindest ausgenutzt wird.

Trotzkistische Hetze gegen die VR-China

Fortsetzung von Seite 8

national verläuft, aber ihrem Inhalt nach international ist. Die sozialistische Weltrevolution aber ist kein einmaliger, sich in allen Ländern gleichzeitig vollziehender Akt. Vielmehr siegt die proletarische Revolution jeweils in den Ländern, die das schwächste Kettenglied des durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker insgesamt geschwächten Imperialismus darstellen. Über den Sieg der sozialistischen Revolution in einem Land entscheiden also sowohl das Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Revolution im Weltmaßstab als auch das besondere Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie im jeweiligen Land. Die Kommunistische Partei eines jeden Landes hat darum die Aufgabe, die internationalen und die nationalen Bedingungen der Revolution zu berücksichtigen, wenn sie ihrer Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und den Aufgaben der Weltrevolution gerecht werden will.

Gegenwärtig ist die internationale Lage vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern einerseits und dem Imperialismus mit den beiden Supermächten andererseits der Hauptwiderspruch ist. Die unterdrückten Völker sind gegenwärtig die Hauptkraft, das Sturmzentrum der Weltrevolution. Dagegen ist die Allianz der beiden Supermächte die größte konterrevolutionäre Kraft. Das gegen die Revolution gerichtete Komplott der beiden Supermächte aber ist nur relativ und vorübergehend, während ihre Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft langdauernd und absolut ist. Von der sich ständig verschärfenden Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft geht gegenwärtig die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus.

In dieser Situation ist es die grundlegende Linie der Außenpolitik der Volksrepublik China, die Kräfte der Revolution, besonders die unterdrückten Völker, zu stärken, sich mit ihnen im Kampf gegen den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte, zu vereinigen. Darüber hinaus nutzt die VR China die Widersprüche zwischen den Imperialisten aus, um die beiden Supermächte so weit wie möglich zu isolieren. Das bedeutet notwendig, im schonungslosen Kampf gegen die beiden Supermächte gewisse Kompromisse mit kleineren und mittleren imperialistischen Staaten einzugehen. Aber diese Kompromisse haben nichts zu tun mit einem Bündnis mit dem Imperialismus. In seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" schreibt Lenin: **„Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muß es verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen jedes Kompromisses oder jeder Spielart eines Kompromisses zu analysieren. Man muß es lernen, den Menschen, der den Banditen Geld und Waffen gegeben hat, um das Übel, das die Banditen stiften, zu verringern und ihre Ergreifung und Erschießung zu erleichtern, von dem Menschen zu unterscheiden, der den Banditen Geld und Waffen gibt, um sich an der Teilung der Banditenbeute zu beteiligen."**

Die Außenpolitik der VR China, vor allem auch ihre Politik gegenüber kleineren und mittleren imperialistischen Staaten, zielt darauf, die Supermächte, die gegenwärtig die Hauptkriegsgefahr und die größten Feinde der Revolution im Weltmaßstab sind, zu schwächen, die Bedingungen für den weltweiten Sieg der Revolution zu verbessern. Und in diesem Kampf stehen die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien Seite an Seite. Die „K"B-Führer behaupten, in dieser Frage, gäbe es zwischen diesen beiden sozialistischen Ländern Widersprüche. Auch dieses Manöver stammt leicht erkennbar aus der trotzkistischen Giftküche. Genosse Enver Hoxha selbst entlarvt die „K"B-Führer als Lügner. In seiner Rede vom 3. Oktober 1974 sagte er: **„Der amerikanische Imperialismus und der Sozialimperialismus haben die Völker der Welt zum erbitterten Feind, an deren Spitze das große China Mao Tsetungs steht. Der Kampf findet zwischen der Freiheit und dem Sozialismus auf der einen Seite und der Knechtschaft und dem aggressiven Imperialismus der Supermächte auf der anderen Seite statt. Alle Völker der Welt haben ihre Hoffnung auf Befreiung, Unabhängigkeit und Wohlstand auf die eigenen Kräfte und auf Maos China begründet."**

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 40. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. [illegible] Öffnungszeiten: Mo-Fr [illegible] Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/[illegible] 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard Ernst Str. 6. Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

KIEL
„Gibt es wieder Krieg?", 27. 3., 19 Uhr, Haus der Jugend, Werftpark, es spricht Genosse Ernst Aust.

WESTBERLIN
Veranst. zu den Betriebsratswahlen, 22. 3., 17 Uhr, „Schöneberger Brauhaus-Säle", Meraner Str.

HAMBURG
Kulturabend. 1. Teil: Der Deutsche Bauernkrieg, 2. Teil: Neue Beiträge proletarischer Kulturschaffender 22. 3., 18 Uhr, Gaststätte „Zum alten Sängerheim", Hbg.-Altona, Ölkersallee 5

DEMONSTRATION DER RHD
Hamburg-Wilhelmsburg, 22. 3., 15.30 Uhr, Beginn Stübens Platz,

VERANSTALTUNG DER RHD
Gründungsveranstaltung in HH-Wilhelmsburg, 22. 3. 17 Uhr, Vogelhüttendeich, „Stübens Gesellschaftsräume", Großer Saal. Es spricht: Bernd Reisser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, (zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt im RAKT-Prozeß)

A C H T U N G !

Ab 1. April 1975
Neue Postanschrift

Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26